

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

**Helmut Heinzlmeir**  
**Der Konflikt**  
**am Horn von Afrika**

**Winfried Veit**  
**Nationalismus, Marxismus**  
**und Tradition**  
**in Schwarzafrika**

ISSN 0479-611 X

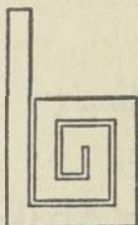
**B 16/78**  
**22. April 1978**

Helmut Heinzlmeir, Dr. phil., geb. 1938, Studium der Politikwissenschaft, Forschungsaufenthalt in Südostasien, freier Wissenschaftler und Publizist.

Veröffentlichungen u. a.: Die amerikanisch-sowjetischen Auseinandersetzungen um den Indischen Ozean, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51-52/75; Indonesiens Außenpolitik nach Sukarno, 1965—1970. Möglichkeiten und Grenzen eines bündnisfreien Entwicklungslandes, Institut für Asienkunde, Hamburg, 1976; zahlreiche Aufsätze und Beiträge in Zeitschriften und Sammelbänden, u. a.: Das Horn von Afrika: Konfliktkonstellationen, Institut für Afrika-Kunde, Hamburg, 1977; Indiens Rüstungs- und Nuklearpolitik; Probleme Südafrikas; Dominostein Thailand?; Ökologie in der Dritten Welt am Beispiel der Bergregionen; Erdöl in China; Indochina heute; Großmachtinteressen in Südostasien, Institut für Asienkunde, Hamburg, 1977; Der Indische Ozean in der Weltpolitik (i. E.).

Winfried Veit, Dr. rer. pol., Dipl.-Politologe, geb. 1946 in Horgen/Rottweil (Bad.-Württ.); Studium der Politikwissenschaft, Volkswirtschaftslehre und Geschichte; publizistische und Forschungstätigkeit über Fragen der Entwicklungsländer; gegenwärtig im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung Wissenschaftlicher Berater beim „Council for the Development of Economic and Social Research in Africa“ (CODESRIA) in Dakar/Senegal.

Veröffentlichungen u. a.: Entwicklungsstrategie und Außenpolitik in Tropisch-Afrika. Die Beispiele Elfenbeinküste und Guinea, München 1978; Guinea, in: D. Nohlen/F. Nuscheler (Hrsg.), Handbuch der Dritten Welt, Bd. 2, Hamburg 1976; 10 Jahre unabhängiges Algerien. Der Versuch eines nichtkapitalistischen Entwicklungsweges, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nov. 1972.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder: Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/4 61 71, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,72 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

## Der Konflikt am Horn von Afrika

Bis vor wenigen Jahren konnte Schwarzafrika noch als Einflußgebiet Westeuropas gelten — vornehmlich der einstigen Kolonialmächte und jetzigen NATO-Staaten Frankreich, Großbritannien und Portugal. Das gilt mittlerweile nur noch bedingt. Die beiden Weltmächte — insbesondere die Sowjetunion — engagieren sich in zunehmendem Maße auf diesem Kontinent. Die Gründe dafür sind zahlreich; zum Teil sind sie eine Konsequenz ihrer Weltmachtansprüche. Mit der Anerkennung der jeweiligen Einflußsphären in Europa — zuletzt durch die Schlußakte von Helsinki — ist nun die Dritte Welt zum bevorzugten Schauplatz ihrer Auseinandersetzungen geworden. Der Konflikt in Südostasien ist vorläufig beigelegt; in Afrika jedoch schwelen mehrere regionale

Konflikte, am bedrohlichsten in Ost- und Südafrika — am Horn und am Kap. Beide Male sind Washington und Moskau beteiligt, doch nicht zuletzt am Horn wird deutlich, daß an dieser Entwicklung auch den Regionalstaaten — Somalia, Äthiopien und Kenia — ein gerüttelt Maß an Verantwortung zukommt<sup>1)</sup>. Zwischen diesen drei Staaten bestehen erhebliche Grenzstreitigkeiten: Äthiopien und Kenia suchen gegenüber Somalia ihren Besitzstand zu wahren. Jede der Parteien ist bestrebt, sich in diesem Streit der Unterstützung durch Großmächte zu versichern. Den Großmächten blieb es — vornehmlich durch erhebliche Waffenlieferungen — vorbehalten, den Konflikt zu verschärfen.

### Die Ansprüche Somalias

Somalias weitgesteckte Gebietsansprüche werden nur durch einen Blick auf seine Geschichte verständlich<sup>2)</sup>. Die Somali sind weder Araber noch Schwarzafrikaner; ihre Urheimat und Herkunft liegt im Dunkeln. Es wird angenommen, daß sie als letzte Welle kaukasoid-kuschitischer Einwanderer, von Arabien kommend, seit dem 10./11. Jahrhundert am Horn von Afrika siedelten. Kulturell starken arabischen Einflüssen unterworfen, waren die Somali schon im 16. Jahrhundert islamisiert.

In einer jahrhundertelangen Wanderungsbewegung zogen die Somali — aufgrund von Bevölkerungsdruck und auf der ständigen Suche nach neuen Wasser- und Weideplätzen — gegen Westen und Süden: in die heute so heftig umstrittene Ogaden-Region und erst vor gut einhundert Jahren in den Nordost-Distrikt des heutigen Kenias. In Kenia war es erst die

Kolonialmacht Großbritannien, die den Vormarsch der kriegerischen Somali stoppte. Mit den christlichen Reichen im äthiopischen Hochland fochten die islamischen Somali jahrhundertlang erbitterte Kriege aus.

Mit der Eröffnung des Suezkanals im Jahre 1869 gewann auch das Horn von Afrika strategische Bedeutung; die europäischen Kolonialmächte begannen sich für die Region zu interessieren. Sie — Frankreich (Djibouti), Großbritannien (Britisch-Somalia um Hargeisa/Berbera und Kenia) und Italien (Italienisch-Somalia um die heutige Hauptstadt Mogadischu) — teilten sich zusammen mit dem erstarkten äthiopischen Kaiserreich (Ogaden-Region) Ende des 19. Jahrhunderts das somalische Siedlungsgebiet untereinander auf. Ein langjähriger somalischer Aufstand (1900 bis 1920) gegen die Fremdherrschaft blieb erfolglos. Er ist — wenn auch nicht gänzlich unbestritten — als protonationalistische Reaktion der Somali auf den Kolonialismus bezeichnet worden<sup>3)</sup>. Ihm lag eine der seinerzeit nicht

<sup>1)</sup> Vgl. Helmut Heinzlmeir, Das „Horn von Afrika“: Konfliktkonstellationen, in: Afrika Spectrum, 1/1977, S. 5.

<sup>2)</sup> Ausführlich dazu: Volker Matthies, Der Grenzkonflikt Somalias mit Äthiopien und Kenya. Analyse eines zwischenstaatlichen Konflikts in der Dritten Welt, Hamburg 1977; I. M. Lewis, Peoples of the Horn of Africa, London 1955/1969.

<sup>3)</sup> Im Detail: Saadia Touval, Somali Nationalism, Cambridge, Mass., 1963; I. M. Lewis, The Modern History of Somaliland: From Nation to State, London 1965.

seltenen islamischen Erneuerungsbewegungen zugrunde. Sie rief — unter Sayid Mohamed Abdullah Hassan, von den Engländern Mad Mullah genannt — zum „Heiligen Krieg“, zum Kampf gegen die vier christlichen Kolonialmächte auf. „Mad Mullah“ gilt den Somali noch heute als Nationalheld. Der Islam war und ist für sie ein innere Zwistigkeiten übergreifendes, einigendes Band.

Die koloniale Grenzziehung war von Anfang an unklar und unter den Kolonialmächten selbst umstritten<sup>4)</sup>. Noch in den Jahren nach 1945 wollte London weite Gebiete der Ogaden-Region einem künftigen Somalia vorbehalten. Die Engländer hatten diese Region während des Zweiten Weltkrieges, als sie das von Italien eroberte Äthiopien 1941 freigekämpft hatten, besetzt. Sie gaben die strittigen Gebiete erst 1948 bzw. 1954 an Addis Abeba zurück. Kaiser Haile Selassie war zu keinen Zugeständnissen bereit; er reklamierte diese Ende des 19. Jahrhunderts von Kaiser Menelik II. eroberten Gebiete<sup>5)</sup>. Fast die Hälfte des heutigen äthiopischen Staatsgebietes ist also erst in den letzten hundert Jahren der Herrschaft von Addis Abeba unterworfen worden — Anlaß für Somalia, von einem „schwarzen Kolonialismus“ zu sprechen.

Das heutige Somalia entstand 1960 aus dem Zusammenschluß der beiden Kolonien Italienisch- und Britisch-Somalia. Unberücksichtigt blieben jene weit über eine Million Somali — über ein Drittel des gesamten somalischen Volkes —, die außerhalb dieser Grenzen leben: in der im letzten Jahre von Frankreich in die Unabhängigkeit entlassenen Republik Djibouti (weit über 60 000), in Äthiopien und Kenia. Allein in der umstrittenen äthiopischen Ogaden-Region — unterteilt in die Provinzen: Harrarghe, Sidamo und Teilen von Bale — leben schätzungsweise 800 000 bis eine Million Somali, im Nordost-Distrikt („Northern Frontier District“) Kenias über 200 000. Es sind die rückständigsten aller Somaligegebiete im Horn von Afrika, da ihren Bewohnern vielfach nicht viel mehr als der Status einer benachteiligten Minderheit zukommt.

Somalia, eines der ärmsten unter den vielen armen Ländern Afrikas, hat stets Anspruch auf alle diese Gebiete erhoben (Konzept des

„Greater Somalia“). Auf seiner Nationalflagge hebt sich ein fünfzackiger Stern vor einem hellblauen Hintergrund ab. Die Zacken stehen für Italienisch- und Britisch-Somalia, für die Republik Djibouti, die äthiopische Ogaden-Region und den Nordost-Distrikt Kenias<sup>6)</sup>. Die Somali sehen sich als unerlöste Nation. Wenn sie auch noch überwiegend viehzüchtende Nomaden sind, so ist ihr Gefühl der Gemeinsamkeit stärker als in den meisten anderen Staaten südlich der Sahara. Es ist der Stolz eines Volkes, das eine gemeinsame Sprache, eine gemeinsame Religion — den Islam — und eine gemeinsame Geschichte hat.

Bereits in vorkolonialer Zeit stellten die Somali eine vergleichsweise homogene ethnisch-kulturelle Einheit dar<sup>7)</sup>. Sie verstanden sich als Abkömmlinge einer weitverzweigten Genealogie, die patrilinear bis auf den Propheten Mohammed zurückgeführt wurde. Diese Gemeinsamkeiten dürfen jedoch nicht über die seit alters her ausgeprägte Zweifaltigkeit der somalischen Sozialstruktur hinwegtäuschen. Eine Nation im westlichen Verständnis war Somalia nie; noch heute ist unter den Somali das Denken in Großfamilien und Clans weitgehend ungebrochen. Unterschieden werden zwei große Abstammungslinien: die hauptsächlich Kamel- und Schafzucht betreibenden Samaale im Norden und die stärker agrarisch tätigen Sab im Süden. Jede dieser Abstammungslinien zerfällt in mehrere, durch komplexe Vertragssysteme miteinander verbundene Clan-Familien. Ihnen gilt die primäre Loyalität des einzelnen. Diese soziale Zersplitterung der Somali ist eine Folge der extremen ökologischen Bedingungen am Horn von Afrika. Die Trockenheit, die ständige Suche nach Wasser und Weiden, erzwang eine nomadische Lebensweise in kleinen, weitgehend autonomen Gruppen. In einem „hobbesianischen“ Kampf aller gegen alle wurde oft um die wenigen Nutzflächen gestritten. Einheit ließ sich meist nur dann herstellen, wenn es gegen einen gemeinsamen äußeren Feind ging.

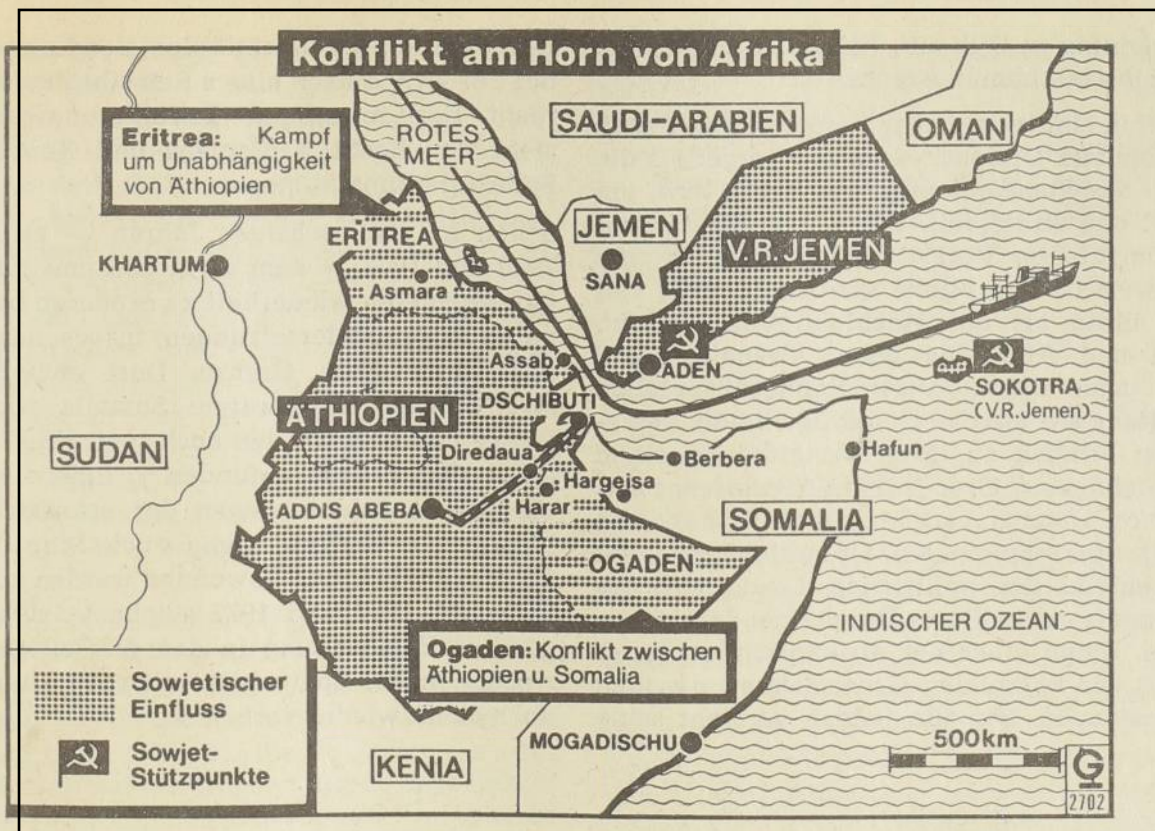
Einiges, wenn auch durchaus nicht alles in der somalischen Irredenta-Politik läßt sich damit erklären. Mogadischu wendet sich vor allem gegen die Zufälligkeiten kolonialer Grenzziehung. Es fordert für die somalisprachige

<sup>4)</sup> Vgl. Volker Matthies, *Der Grenzkonflikt Somalias*, a. a. O., S. 44 ff.

<sup>5)</sup> Vgl. auch Volker Jansen, *Politische Herrschaft in Äthiopien*, Freiburg 1976, S. 218 ff.

<sup>6)</sup> Vgl. David D. Laitin, *Somali Territorial Claims in International Perspective*, in: *Africa Today*, Bd. 23/2, 1976, S. 29—38.

<sup>7)</sup> Vgl. V. Matthies, *Unterentwicklung, Nationalismus und Sozialismus in Somalia*, in: *Afrika Spectrum*, 1/1977, S. 53 ff.



### Engagierte Sowjets — zögernde Amerikaner

Das „Horn von Afrika“, an dessen Spitze Somalia in den Indischen Ozean ragt, ist zu einem Pulverhorn geworden. Längst handelt es sich dort nicht mehr um eine lokal begrenzte Auseinandersetzung zwischen Äthiopien und Somalia um die von Mogadischu beanspruchte Region Ogaden, deren Bevölkerung sich ethnisch Somalia zugehörig fühlt. Längst sind die Supermächte UdSSR und USA auf den Plan getreten; denn die strategische Bedeutung dieses Gebietes an einem der wichtigsten Schiffswege der Welt ist unübersehbar.

Der Kreml — jahrelang militärischer Ziehvater Somalias — hat wegen seines tatkräftigen Engagements in Äthiopien (zusammen mit Kuba) seinen Einfluß in Somalia und damit auch seine beiden Stützpunkte Berbera und Mogadischu verloren. Noch halten sich die Amerikaner zurück, dieses Vakuum auszufüllen. Vorerst ist Somalia daher — mit stillschweigender Billigung der USA — auf seine Freunde im arabischen Raum unter Führung von Saudi-Arabien und dem Iran angewiesen. Doch die somalischen Rufe nach Unterstützung angesichts der Verschärfung der Auseinandersetzungen mit Addis Abeba sind klar an die Adresse Washington gerichtet. Sie dürften erst Gehör finden, wenn die von sowjetischen und kubanischen Beratern geführten äthiopischen Truppen die Grenzen zu Somalia überschreiten sollten. Für diesen Fall hat US-Außenminister Vance den Sowjets ernste Konsequenzen angekündigt.

Bevölkerung in Djibouti, Äthiopien und Kenia das Selbstbestimmungsrecht.

Betroffen sind von dieser Forderung — neben der Republik Djibouti — nicht weniger als die Hälfte des Staatsgebietes von Kenia bzw. ein Drittel von Äthiopien. Wenn man die bislang unwiderrufenen Vorstellungen Somalias zum Nennwert nähme, bliebe von Kenia nicht viel mehr übrig als das Hochland von Nairobi. Kenia und Äthiopien haben deshalb schon 1963 gemeinsame Verteidigungsabsprachen getroffen; sie sind noch gültig. Beide Regierungen bringen zu ihrer Verteidigung einen der wichtigsten Grundsätze afrikanischer Politik vor. Danach verbieten sich Korrekturen an einstigen kolonialen Grenzziehungen, da anderenfalls der politischen Landschaft des Kontinents ein heilloser Durcheinander drohen würde. Kaum eines der afrikanischen Länder ist mit der kolonialen Grenzziehung gänzlich einverstanden. Somalia jedoch versteht seine

## Äthiopien

Äthiopien — als historische Vormacht in der Region — und der junge somalische Nationalismus standen einander von Anfang an feindlich gegenüber. Der Vielvölkerstaat Äthiopien sah im Verlangen Mogadischus auf ein Selbstbestimmungsrecht der äthiopischen Somali eine Gefährdung seiner nationalen Einheit — nicht zuletzt auch deshalb, weil Reaktionen anderer unzufriedener ethnischer Gruppen befürchtet werden mußten (interner „Domino-Effekt“<sup>9)</sup>). Ähnliche Befürchtungen gelten auch in dem von tiefgreifenden Stammesgegensätzen geplagten Kenia. Im Unterschied zu dem, wenn auch unvollendeten Nationalstaat Somalia sind Kenia und Äthiopien Staaten, die noch um ihre Nationenwerdung ringen. Gelingt sie nicht, ist u. a. der Führungsanspruch der Eliten der jeweils dominanten ethnischen Gruppen — der Amharen in Äthiopien, der Kikuyu in Kenia — unmittelbar herausgefordert<sup>10)</sup>.

<sup>8)</sup> Vgl. John G. Merriam, *Military Rule in Ethiopia*, in: *Current History*, Nov. 1976, S. 173.

<sup>9)</sup> Vgl. V. Matthies, *Der Grenzkonflikt Somalias*, a. a. O., S. 233 ff.

<sup>10)</sup> Vgl. auch Gerhard Pfister, *Die Fortsetzung der Abhängigkeit nach der Dekolonisation — das Beispiel Kenya*, in: K. J. Gantzel (Hrsg.), *Afrika zwischen Kolonialismus und Neo-Kolonialismus*, Hamburg 1976, S. 129—211.

Irredenta-Politik als antikolonialen Kampf. Seiner Forderung nach einem Selbstbestimmungsrecht der jeweiligen Bevölkerungsgruppen steht das Recht Äthiopiens und Kenias auf Selbsterhaltung entgegen.

Schon in den sechziger Jahren — zwischen 1960 und 1967 — kam es in den umstrittenen Grenzgebieten wiederholt zu größeren bewaffneten Auseinandersetzungen, insbesondere an der äthiopischen Grenze. Dort entspringen zwei für das wasserarme Somalia wichtige Flüsse und dort wurden auch (von US-Firmen) Erdöl und Erdgas gefunden<sup>8)</sup>. Eine Ausbeutung lohnt jedoch wegen der erforderlichen Pipelines erst dann, wenn auch Mogadischu für eine Beteiligung gewonnen werden könnte. Zwischen 1967 und 1972 zeichnete sich eine gewisse Entspannung in den dreiseitigen Beziehungen ab. Spätestens seit 1974 ist es jedoch damit wieder vorbei.

Wie berechtigt die äthiopischen Befürchtungen waren, wird heute deutlich. Der Vielvölkerstaat Äthiopien ringt um seinen Bestand in den alten Grenzen. Es begann mit der Entmachtung Kaiser Haile Selassies im Jahre 1974. Vordem waren Thron, amharischer Adel und orthodoxe Kirche die staatstragenden Kräfte<sup>11)</sup>. Die Revolutionäre übernahmen ein schweres Erbe. Äthiopien gehört zu den rückständigsten Ländern der Erde; es befindet sich in einem tiefgreifenden revolutionären Umbruch. 1975 wurde eine der radikalsten Landreformen Afrikas initiiert<sup>12)</sup>. Davon profitierte bislang die Masse der Bevölkerung, denn 90 Prozent der Gesamtbevölkerung sind Bauern. Auch im Gesundheits- und Bildungswesen — zu Kaiser Haile Selassies Zeiten waren über 90 Prozent Analphabeten — sind weitreichende Initiativen gestartet worden<sup>13)</sup>.

Äthiopien ist von schier unüberwindlichen ethnischen, sozialen, kulturellen und religiösen Gegensätzen zerrissen. Seine etwa 28 Millionen Einwohner sprechen rund 60 verschiedene Sprachen und Dialekte. Etwas mehr als ein Drittel der Bevölkerung sind Christen (35

<sup>11)</sup> Vgl. auch Christian Potyka, *Haile Selassie. Der Negus Negesti*, Bad Honnef 1974, S. 9—35.

<sup>12)</sup> Vgl. Siegfried Pausewang, *Die Landreform in Äthiopien*, in: *Afrika Spectrum*, 1/1977, S. 17—36.

<sup>13)</sup> Nach *Financial Times*, 10. 2. 1978.

bis 40 %); der Anteil der Moslems wird auf 45—50 % geschätzt, der Rest hängt Naturreligionen an<sup>14)</sup>. Dem staatstragenden Volk der christlichen Amharen, die bestenfalls nur etwa ein Fünftel der Gesamtbevölkerung ausmachen, stehen die übrigen Volksgruppen, insbesondere die an Zahl doppelt so starken Galla, mit tiefverwurzeltem Mißtrauen gegenüber. Wenig nur haben ihre Eliten — Monarchie, weltlicher und geistlicher Adel, hohe Militärs und Regierungsbürokratie — in der Vergangenheit für die Entwicklung dieses potentiell reichen Landes getan. Von der Provinz Shoa um die Hauptstadt Addis Abeba aus — dem Kernland Äthiopiens — beschränkten sie sich vorrangig auf die Ausübung der Herrschaft.

Äthiopien wird seit 1974 von einem „Provisional Military Administration Council“ (PMAC, amharisch „Derg“) regiert. Das Militärregime — wiederholt in blutige interne Machtkämpfe verstrickt<sup>15)</sup> — war von Beginn an in Auseinandersetzungen mit konservativen und linken Oppositionsgruppen verwickelt. Von linker Seite wird den Militärs vorgeworfen, über einer Politik des puren Machterhaltens den Klassenkampf zu vernachlässigen; zum Vorwurf wird ihnen jüngst aber auch die enge Bindung an die Sowjetunion gemacht. Das Regime scheut in der Verfolgung Andersdenkender vor keinem Terror zurück. Eine nicht geringere Gefahr erwuchs ihm aber auch durch die verschiedenen Sezessionsbewegungen im Lande — u. a. bei den Oromo (Galla), den Afar und in der Provinz Tigre, insbesondere jedoch bei den Somali im Ogaden und in Eritrea<sup>16)</sup>.

Eritrea — zwischen 1885 und 1941 italienische Kolonie, im Anschluß daran elf Jahre lang von Großbritannien verwaltet — wurde 1952 auf Beschluß der Vollversammlung der Vereinten Nationen als autonomes Gebiet mit Äthiopien — einem Binnenland, das damit tausend Kilometer Küste erhielt — föderiert, nicht zuletzt auch auf amerikanisches Anraten hin<sup>17)</sup>. Washington, das seinerzeit auch die äthiopische Politik im Ogaden stützte, war am Ausbau des Kommunikationszentrums Kagnev

nahe Asmara — der Hauptstadt Eritreas — interessiert. Die Bedeutung Kagnevs für die amerikanische und NATO-Strategie der fünfziger und sechziger Jahre war erheblich. Es war zentral in ihr weltweites Beobachtungs- und Kommunikationssystem eingeschaltet, das von den Philippinen über Marokko bis nach Arlington, Virginia, reichte. Die strategische Luftbasis Kagnev war für Washington vom Korea- bis zum Vietnamkrieg von herausragender Bedeutung. Sie erlaubte auch Welt- raumbeobachtungen. Mittlerweile hat Kagnev seine einstige Bedeutung eingebüßt; seine Funktionen werden nun weitgehend von Satelliten wahrgenommen.

Die Frage, ob Eritrea in der Geschichte je eine einige und unabhängige staatliche Einheit war, ist umstritten. Wenig umstritten ist, daß die amharische Besatzungspolitik — 1962 wurde Eritrea zur 14. Provinz des Kaiserreiches erklärt — einen wachsenden Teil der Bevölkerung in den Widerstand gegen Addis Abeba trieb<sup>18)</sup>. Eritrea zählt etwa drei Millionen Einwohner. Gleich dem Gesamtstaat Äthiopien ist auch diese Region von zahlreichen sozialen, ethnischen und religiösen Gegensätzen zerrissen. Eritrea ist oft — auch im Hinblick auf seine christlichen und moslemischen Bevölkerungsgruppen — mit dem Libanon verglichen worden. Nichtsdestoweniger kontrollieren heute die — in sich keineswegs einigen — teils konservativen, teils sozialrevolutionären Sezessionisten weite Teile Eritreas<sup>19)</sup>. Eine Mehrheit der Bevölkerung sympathisiert mit den Aufständischen. Auch wenn es Addis Abeba gelingen sollte, über die wenigen ihm noch verbliebenen Städte hinaus Land zurückzuerobern, wird es den Widerstand nur schwer allein mit militärischen Mitteln zu brechen vermögen. Ein langwieriger Guerillakrieg droht.

Die innenpolitischen Wirren der letzten Jahre haben dazu geführt, daß Äthiopien seine einstige Rolle als Führungsmacht am Horn von Afrika eingebüßt hat. Damit ist ein wichtiger Grund für die jüngsten Spannungen in jener Region genannt. Er war vor allem für Somalia Anlaß, seine Irredenta-Politik — auch in Hinblick auf die ungewisse innenpolitische Entwicklung in Kenia nach einem Abtreten des jetzt fünfundachtzigjährigen Kenyatta von der politischen Bühne — zu verstärken.

<sup>18)</sup> Vgl. auch Albert Strick, Eritrea. Provinz Äthiopiens oder unabhängiger Staat?, in: Internationales Afrika-Forum, 4/1977, S. 360—373.

<sup>19)</sup> Vgl. Udo Steinbach, Arabische Politik rund um das Horn von Afrika, in: Außenpolitik, 3/1977, S. 304 ff.

<sup>14)</sup> Colin Legum (Hrsg.), Africa Contemporary Record. Annual Survey and Documents, 1975—1976, London 1976, S. B 203.

<sup>15)</sup> Vgl. David Hamilton, Ethiopias Embattled Revolutionaries, Conflict Studies, London 1977, S. 5 ff.

<sup>16)</sup> Vgl. auch C. Kühlein, Die politisch-strategischen Veränderungen im Raum Horn von Afrika/Rotes Meer, in: SWP-AZ 2155, Ebenhausen, Oktober 1977, S. 11 ff.

<sup>17)</sup> Vgl. Zdenek Cervenka, Eritrea: Struggle for Self-Determination or Secession?, in: Afrika Spectrum, 1/1977, S. 37—48.

## Djibouti

Von dieser Entwicklung kann auch der jüngste Staat Afrikas — die Republik Djibouti — nicht unberührt bleiben. Er ist in den äthiopisch-somalischen Gegensatz unmittelbar miteinbezogen.

Gut hundert Jahre ist es her, seitdem sich Frankreich an der Somaliküste festgesetzt hat — einem kargen, menschenleeren Land ohne Bodenschätze. Nichtsdestoweniger kam seinem Hafen, Djibouti, am südlichen Ausgang des Roten Meeres gelegen, bereits seinerzeit mit dem Bau des Suezkanals und im Gefolge französisch-englischer Auseinandersetzungen um Kolonialbesitz einige strategische Bedeutung zu. Überdies war er Zwischenstation auf dem Weg zu den französischen Kolonien im Fernen Osten (Indochina) und Madagaskar.

Paris wußte sein Verbleiben in der Besetzung — 21 700 qkm, schätzungsweise 180 000 Einwohner, etwa je zur Hälfte Stadtbewohner und Nomaden — bis in die jüngste Vergangenheit hinein zu rechtfertigen<sup>20)</sup>. In ihr leben zwei miteinander verfeindete Stämme: die teilweise auch in Äthiopien siedelnden Afar und die somalischen Issa<sup>21)</sup>. Die Kolonialmacht argumentierte, daß bei ihrem Rückzug blutige Auseinandersetzungen zwischen beiden Volksgruppen drohen würden, die unausweichlich auch zu einem äthiopisch-somalischen Konflikt führen müßten. Mogadischu hat nie aus seiner Hoffnung ein Hehl gemacht, daß sich die stammesverwandten Issa für einen Anschluß entscheiden werden. Dagegen hat sich jedoch Äthiopien verwahrt — zu Zeiten Kaiser Haile Selassies ließ es wiederholt demonstrativ Truppen an der Grenze zu Djibouti aufmarschieren — aus volkstums-, vor allem aber aus wirtschaftlichen Gründen. Addis Abeba ist seit 1915 durch eine nahezu 800 Kilometer lange Eisenbahn mit Djibouti verbunden. In Normalzeiten wickelt es zwei Drittel seines Außenhandels über diese Hafenstadt ab. Der Zugang war gesichert, solange dort Frankreich herrschte. Das kaiserliche Äthiopien hat immer gute Beziehungen zu Paris unterhalten. Auch die Organisation der Afrikanischen

Einheit (OAU) — mit Sitz in Addis Abeba — hat in Kenntnis des innerafrikanischen Gegensatzes viele Jahre lang davon abgesehen, Frankreich allzu sehr zur Aufgabe seiner letzten Kolonie auf dem Kontinent zu drängen.

Mittlerweile hat Addis Abeba — im Unterschied zu Mogadischu, dessen Stellungnahmen bewußt letzte Deutlichkeit vermissen lassen — seinen Verzicht auf Ansprüche gegenüber Djibouti erklärt<sup>22)</sup>. Unter den gegebenen machtpolitischen Umständen, vor allem angesichts der Wirren im eigenen Land, ist Unabhängigkeit Djiboutis auch das Optimum dessen, was Addis Abeba erwarten kann. Die Zukunft Djiboutis bleibt für Äthiopien nichtsdestoweniger auch weiterhin von vitalem wirtschaftlichen Interesse<sup>23)</sup>. Das um so mehr, als die Hafenstadt aufgrund des Eritrea-Konflikts einer der wenigen Addis Abeba noch verbliebenen Zugänge zum Meer ist.

Für Paris war der Entschluß, das „Französische Territorium der Afar und Issa“ — die heutige Republik Djibouti — in die Unabhängigkeit zu entlassen, unvermeidlich geworden, wollte es nicht als letzte Kolonialmacht auf dem Kontinent erscheinen. Der Entschluß war aufgrund strategischer Überlegungen innerhalb der Regierungskoalition, vor allem von gaullistischer Seite, umstritten geblieben<sup>24)</sup>. Bis in die jüngste Vergangenheit hinein hatte Paris in einer Politik des „Divide-et-impera“ gegenüber den Issa die in ihrer Führung frankophile Afar-Bevölkerung protegiert. Letztere stellte auch bis Juli 1976 in Ali Aref Bourhan einen wegen seiner erklärten antisomalischen Politik für Mogadischu inakzeptablen Regierungschef. Im Sommer 1976 entschloß sich Paris zu einer weitgehenden Änderung seiner bisherigen Kolonialpolitik. Es verbesserte seine Beziehungen mit Somalia. Alif Aref Bourhan mußte zurücktreten. Die Issa-Führung wurde bevorzugt. In zahlreichen vertraulichen französisch-saudischen Gesprächen wurde die Unabhängigkeit der Kolonie vorbereitet<sup>25)</sup>. In einem Referendum am 8. Mai 1977 — UNO,

<sup>20)</sup> Vgl. Philippe Leymarie, *Französisches Territorium der Afar und Issa (Djibouti)*, in: D. Nohlen/F. Nuscheler (Hrsg.), *Handbuch der Dritten Welt*, Bd. 2: *Unterentwicklung und Entwicklung in Afrika*, Halbbd. II, Hamburg 1976, S. 644–648.

<sup>21)</sup> Vgl. Said Jusuf Abdi, *Independence for the Afars and Issas, Complex Background; Uncertain Future*, in: *Africa Today*, Bd. 24/1, 1977, S. 61–67.

<sup>22)</sup> Vgl. Colin Legum (Hrsg.), *Africa Contemporary Record*, a. a. O., S. B 207; C. Kühlein, *Die politisch-strategischen Veränderungen*, a. a. O., S. 37.

<sup>23)</sup> Vgl. H. Scholler/P. Brietzke, *Ethiopia: Revolution, Law and Politics*, München 1976, S. 34.

<sup>24)</sup> Vgl. Helmut Heinzlmeir, *Das ‚Horn von Afrika‘*, a. a. O., S. 8, Anm. 15.

<sup>25)</sup> Andrew Lycett, *Cockpit for the big powers*, in: *New African Development*, 6/1977, S. 472 ff.



OAU und Arabische Liga hatten Beobachter entsandt — entschied sich eine überwältigende Bevölkerungsmehrheit für die Unabhängigkeit von Frankreich. Sie wurde zum 27. Juni 1977 zugestanden.

Das Referendum vom 8. Mai war mit der Wahl zu einer konstituierenden Nationalversammlung verbunden<sup>26)</sup>. Sie brachte — im französischen Sinne — den Issa (dem Mehrheitsstamm, der jedoch innerhalb der Gesamtbevölkerung mit über 40 % nur eine Minderheit darstellt) und damit der „Ligue Populaire Africaine pour l'Indépendance“ (LPAI) unter Hassan Gouled Aptidon die Mehrheit. Er wurde zum ersten Präsidenten des neuen Staates gewählt.

Die Republik Djibouti ist wirtschaftlich kaum lebensfähig. Sie ist nahezu ausschließlich auf Einnahmen aus dem Hafen angewiesen. Darüber hinaus bestehen für die Bevölkerung wenig Verdienst- und Arbeitsmöglichkeiten. Djibouti bleibt auf Dauer von substantieller Auslandshilfe abhängig. Seine nominelle Unabhängigkeit hat es durch den umgehenden Beitritt zur UNO, zur OAU und der Arabischen Liga abzusichern versucht. Gesichert wäre sie durch ein relatives Machtgleichgewicht zwischen Äthiopien und Somalia, gefährdet ist sie aber durch die Stammesgegensätze im Lande. Bereits im Dezember 1977 kam es zu ersten größeren Auseinandersetzungen zwischen den Afar und Issa.

Vorerst jedoch ist der Bestand der sich betont islamisch-arabisch gebenden Regierung Hassan Gouled Aptidon vorrangig durch zwei Daten garantiert: durch die fortgesetzte Präsenz französischer Truppen und die Bereitstellung saudischer Gelder<sup>27)</sup>. Riads antirevolutionäre

Politik ist um Einfluß an der Gegenküste bemüht.

Das französische und insgesamt das NATO-Interesse an einer weiteren militärischen Präsenz in Djibouti erklärt sich aus geopolitischen Überlegungen. Dafür spricht nicht nur das jüngste sowjetische Engagement im benachbarten Äthiopien. Die Hafenstadt ist sowohl in bezug auf das Geschehen in der arabischen Welt als auch im Indischen Ozean von strategischem Wert. In früheren Jahren wurden von hier aus — zur Niederschlagung regierungsfeindlicher Unruhen — französische Truppen in den Tschad und nach Madagaskar eingeflogen. Am Ausgang des Roten Meeres, gegenüber der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen) gelegen, hat Djibouti seit der Wiedereröffnung des Suezkanals nicht nur an wirtschaftlicher Bedeutung gewonnen. Seine Lage ist auch für die Parteien im Nahostkonflikt — Ägypten, Saudi-Arabien und Israel — von Interesse, da sich von hier aus die westliche Schifffahrtspassage durch die Bab-el-Mandeb-Straße kontrollieren läßt<sup>28)</sup>. Auch liegt Djibouti nur wenig mehr als zweihundert Kilometer vom somalischen Berbera entfernt. Allein die französische Flotte im Indischen Ozean ist so stark wie die sowjetischen Einheiten in diesem Meer. Paris unterhält dort u. a. insulare Flottenstützpunkte auf Reunion und — am Eingang der Straße von Moçambique gelegen — Mayotte. Es ist bereit, sich auch den Hafen Djibouti einige Wirtschaftshilfe kosten zu lassen. Es hat deshalb während der Verhandlungen über die Unabhängigkeit auch mehrere Militärabkommen abgeschlossen, die eine fortgesetzte französische Militärpräsenz in Djibouti sicherstellen.

## Die Politik Somalias

Als Somalia 1960 in die Unabhängigkeit entlassen wurde, stand ihm eine knapp 5 000 Mann starke, schlechtausgerüstete Armee zur Verfügung. Sollte seine antikolonialistisch verstandene Irredenta-Politik je Aussicht auf Erfolg haben, mußte es das offensichtliche Machtungleichgewicht in den Beziehungen zu seinen Nachbarstaaten — vor allem zu Äthiopien — auszugleichen suchen.

In Djibouti stand die Kolonialmacht Frankreich. Äthiopiens wichtigster Waffenlieferant waren bis in die jüngste Vergangenheit hinein (1976) die USA. Kenias Schutzmacht ist Großbritannien. Als London 1963 Kenia in die Unabhängigkeit entließ, beließ es ihm den umstrittenen Nordost-Distrikt — obwohl Kommissionsanhörungen festgestellt hatten, daß eine große Mehrheit der dortigen Bevölkerung einen Anschluß an Somalia wünsch-

<sup>26)</sup> Vgl. H. Scholler, Republik Djibouti. Im Spannungsfeld der Weltpolitik, in: Internationales Afrika-Forum, 2/1977, S. 160—164.

<sup>27)</sup> Vgl. Feraidoon Shams B., Conflict in the African Horn, in: Current History, Dez. 1977, S. 199 ff.

<sup>28)</sup> Vgl. Shahram Chubin, Naval Competition and Security in South-West Africa, in: Power at Sea III. Competition and Conflict, London (IISS) 1976, S. 28 (Adelphi Paper 124).

te<sup>29)</sup>. Kenia — das eine Abtretung des Distrikts kategorisch ablehnte — war für London aus wirtschaftlichen (weiße Siedler, Investitionen) und politisch-militärischen (Verteidigungslinie östlich von Suez) Gründen weit wichtiger als Somalia. Die Folge war ein erbitterter, von Mogadischu unterstützter sezeptionistischer Guerillakrieg — der sogenannte Shifta-Krieg von 1963 bis 1967 —, den Nairobi vor allem mit Hilfe Großbritanniens erfolgreich bestand. Zumindest wurde seinerzeit im Nordost-Distrikt Kenias der pansomalische Gedanken stärker als im Ogaden verfochten — wo auch heute, wie in Djibouti, nicht alle Clan-Loyalitäten ausschließlich auf Mogadischu ausgerichtet sind. Die Haltung der Somali als nichtnegroide Hirten-Nomaden gegenüber den seßhaften Bantu-Bauern Kenias ist überdies traditionell von einigem rassistischen und kulturellen Hochmut geprägt.

Unter diesen Umständen verblieb Mogadischu — wollte es substantiell aufrüsten — nicht viel mehr, als sich an Moskau zu wenden. Wohl bat es Anfang der sechziger Jahre im Westen, unter anderem auch in Bonn, um Militärhilfe; den Verhandlungen war jedoch aus einem einfachen Grund kein Erfolg beschieden: Somalia wünschte eine Aufrüstung, die es letztlich dem weitaus bevölkerungsstärkeren Äthiopien gleichgestellt hätte. Washington war wohl zu einer Militärhilfe bereit, nicht jedoch in dieser Größenordnung. Es setzte auf die historische Vormacht in der Region, auf Äthiopien. Mogadischu wandte sich daraufhin an Moskau. Mit Erfolg: Noch Ende 1963 trafen die ersten MiG-Flugzeuge in Somalia ein.

In Somalia regiert seit 1969 das Militär, nachdem sich mehrere Zivilregierungen als unfähig erwiesen hatten, die drängenden Probleme des Landes zu lösen. Unter Führung von Mohammed Siad Barre wird die Macht vom Supreme Revolutionary Council (SRC) ausgeübt, von zwei Dutzend Offizieren im Range vom Major aufwärts. Präsident Barre — bislang die unstrittige Führungspersonlichkeit im Lande — gab im Juli 1976 die Gründung einer Staatspartei unter der Bezeichnung „Somali Socialist Revolutionary Party“ (SSRP) bekannt. Ihr stehen ein Politbüro und ein Zentralkomitee vor. Die Partei kontrolliert — so die Statuten — die Regierung. Gleichzeitig wurde mit der Gründung der SSRP der SRC aufgelöst. Die innerstaatlichen Machtverhältnisse blieben von

<sup>29)</sup> Vgl. V. Matthies, *Der Grenzkonflikt Somalias*, a. a. O., S. 136 ff. und S. 209 ff.

diesem Namenswechsel jedoch weitgehend unberührt. Die Mitglieder des aufgelösten SRC übernahmen die neugeschaffenen Führungspositionen. Somalia wird auch weiterhin von einem Offiziersrat regiert.

In der SSRP sind die wichtigsten der verschiedenen Stammesgruppierungen des Landes (Clans) vertreten<sup>30)</sup>. Obwohl der Kampf gegen das Stammesbewußtsein das erklärte Ziel der Regierung ist, sucht sie doch auch heute noch, denkbare Opposition (Clans) wenn möglich durch Kooption (Machtbeteiligung) zu integrieren. Diese Rücksichtnahme hat bislang ein vergleichsweise stabiles Regime gewährleistet; sie empfiehlt sich ihm auch in den Kontakten mit den stammesverwandten Gruppen in der Republik Djibouti, in Äthiopien und Kenia.

In ihrer Politik ist die SSRP einem sehr pragmatisch gehandhabten Sozialismus verpflichtet, einem Sozialismus, der sich weniger gegen einen — im Lande ohnehin nur bedingt relevanten — Kapitalismus als vielmehr gegen Entwicklungsrückstände und Unwissenheit wendet, mit Anleihen auch am chinesischen, tansanischen und nordkoreanischen Vorbild. Wesentlicher Bestandteil der staatlichen Propaganda ist ein ausgeprägter Nationalismus. Er soll nicht zuletzt stammesorientierte Strömungen überwinden helfen. Erfolge in der Entwicklung des Landes — wie gering sie auch immer sein mögen — werden dem Regime auch von seinen Gegnern nicht gänzlich abgestritten<sup>31)</sup>.

Von Auslandshilfe bleibt das Land auch weiterhin weitgehend abhängig. Nach UN-Kriterien ist es eines der ärmsten der Erde. Seine Wirtschaft leidet unter extremen ökologischen Bedingungen (Wassermangel, Dürre); es fehlt an Bodenschätzen, an Infrastruktur und Industrialisierung. Die Kolonialzeit hinterließ nicht viel mehr als eine Bananen-Monokultur. Ausgeführt werden auch noch Häute und Fleisch. Das ist zu wenig, um größere Einfuhren bezahlen zu können. Noch leben über zwei Drittel der Bevölkerung in nomadischer Subsistenzwirtschaft. Die bisherige Entwicklungspolitik hat sich die Befriedigung elementarerer

<sup>30)</sup> Im einzelnen: I. M. Lewis, *Kim Il Sung in Somalia: The End of Tribalism?* (unveröffentlichtes Arbeitspapier, o. O., o. J.); vgl. auch H. Scholler, *Die historischen und politischen Entwicklungstendenzen Somalias*, in: *Internationales Afrika-Forum*, 4/1976, S. 374.

<sup>31)</sup> Colin Legum (Hrsg.), *Africa Contemporary Record*, a. a. O., S. B 302.

menschlicher Bedürfnisse — Essen, Wohnen, Arbeit und Bildung — zum Ziel gesetzt. Noch ist sie über den Schritt, Armut gleichmäßiger zu verteilen, nicht hinausgelangt.

Mit Moskau unterhielt das Militär über Jahre hinweg enge Beziehungen; es erhielt erhebliche Wirtschafts- und Militärhilfe. Zwar zählt Somalia nur etwas mehr als drei Millionen Einwohner, seine militärische Schlagkraft wurde jedoch schon Mitte der siebziger Jahre mit der des weitaus bevölkerungsstärkeren Äthiopiens verglichen. Die sowjetisch-somalische Zusammenarbeit lag im beiderseitigen Interesse. Vereinfacht ausgedrückt: Somalia konnte aufrüsten; es bezahlte, indem es den Sowjets Nutzungsrechte für ihre Luft- und Seestreitkräfte — Stichwort Berbera — einräumte.

Die Zusammenarbeit kannte nichtsdestoweniger Grenzen. Schon in der Vergangenheit konnte nicht davon ausgegangen werden, daß die auf ihre Unabhängigkeit und ihren Status als blockfreie Nation bedachten Somali den Sowjets zu weitgehende exterritoriale Rechte eingeräumt hätten<sup>32)</sup>. Somalia ist — neben Tansania und Sambia — seit Jahren ein Schwerpunkt chinesischer Entwicklungshilfe in Afrika<sup>33)</sup>. Nahe Berbera bauen sowohl Chinesen als auch — im Auftrag Saudi-Arabiens — die Vereinigten Arabischen Emirate Entwicklungshilfe-Projekte. Darüber hinaus erhielt das Land auch von internationalen Entwicklungshilfe-Organisationen — also vorrangig aus westlichen Finanzquellen — alljährlich erhebliche Mittel<sup>34)</sup>. Mogadischu verfolgte über all die Jahre hinweg eine einträgliche Schaukelpolitik zwischen den Mächten. Absicht war und ist, diese Mächte zur Verwirklichung der Idee eines „Greater Somalia“ einzusetzen.

Deshalb auch bemühte sich das islamische Somalia nicht nur im sozialistischen Lager, sondern auch mit einigem Erfolg in der arabischen Staatenwelt um Unterstützung und Rückhalt. Es ist — obwohl keine arabische Nation — seit 1974 Mitglied der Arabischen Liga. Daß es in diesem Zusammenschluß — vor allem bei Saudi-Arabien — anfänglich nicht immer die Anerkennung fand, die es erhofft

hatte, ist vorrangig auf zwei Gründe zurückzuführen: Zum einen auf seine enge Zusammenarbeit mit Moskau; zum anderen auf seine unterschiedlichen entwicklungs- und gesellschaftspolitischen Zielsetzungen. Die Regierung ging wiederholt hart gegen die islamische Orthodoxie vor, wenn diese sich diesen Zielsetzungen widersetzte. Als islamische Geistliche gegen die offiziell propagierte Gleichberechtigung von Mann und Frau predigten, ließ die Regierung mehr als zehn von ihnen verhaften und Anfang 1975 kurzerhand erschießen. Daraufhin wurde ein für Sommer 1975 in Mogadischu geplantes Treffen der Arabischen Liga auf unbestimmte Zeit verschoben.

Am grundsätzlichen Interesse Saudi-Arabiens, Somalia — ebenso wie den Südjemen — auch im amerikanischen Interesse aus der Zusammenarbeit mit Moskau herauszukaufen, konnte es jedoch nie einen Zweifel geben<sup>35)</sup>. Riads außenpolitisches Primärziel ist es, den sowjetischen Einfluß in den arabischen Staaten zurückzudrängen. Es besitzt die zum Verfolg dieser Politik nötigen Gelder. Solange es Moskau an einer wirksamen Gegenstrategie mangelt — und dafür spricht einiges —, wird sein Einfluß in der Region um das Rote Meer und den Golf von Aden gefährdet bleiben. Die regionalen Interessen Saudi-Arabiens beschränken sich nicht allein auf die beiden benachbarten jemenitischen Staaten — die Arabische Republik Jemen (Nordjemen) steht seit Jahren in weitgehender finanzieller Abhängigkeit von Riad —, sondern schließen gleichermaßen die afrikanische Gegenküste mit ein<sup>36)</sup>.

Damit sind nicht allein die durch hohe saudi-arabische Zuwendungen gekennzeichneten Beziehungen mit Ägypten und dem Sudan angesprochen. Sie werden u. a. auch aus einem Kommuniqué deutlich, das zum Abschluß eines Besuches des somalischen Präsidenten M. S. Barre in Saudi-Arabien im Mai 1975 veröffentlicht wurde: „Da das Rote Meer einschließlich des Golfs von Aden ein arabisches Binnenmeer ist, dessen Verteidigung der arabischen Nation allein obliegt, erklären beide Staatsoberhäupter, daß in der Region Frieden herrschen und die Region frei von internationalen Konflikten und internationalen Streit-

<sup>32)</sup> Vgl. H. Heinzlmeir, Der Kampf ums Horn von Afrika, in: Die Neue Gesellschaft, 10/1976, S. 853.

<sup>33)</sup> Vgl. R. Machetzki, Die Entwicklungshilfepolitik der VR China: Hilfe aus der Dritten Welt für die Dritte Welt?, Hamburg 1975, S. 60.

<sup>34)</sup> Financial Times, 16. 3. 1977.

<sup>35)</sup> Vgl. The Washington Post, 18. und 26. 5. 1977.

<sup>36)</sup> Vgl. O. Mirkovic, Der somalisch-äthiopische Konflikt, in: Internationale Politik, (Belgrad), Heft 622, 5. 3. 1976, S. 10; Shahram Chubin, Naval Competition, a. a. O., S. 29.

kräften bleiben müsse.“<sup>37)</sup> Diese Zielsetzung wurde auch auf der auf saudi-arabische Veranlassung einberufenen Konferenz von Taizz (Nordjemen) am 22. März 1977 wiederholt. Dort trafen die Staatsoberhäupter Somalias, des Sudans und der beiden Jemen zusammen. Riad verfolgt mit dieser Politik zweierlei: erstens, die Sowjetunion aus der Region auszuschließen; zweitens, in der Region — aufgrund der eigenen Anfälligkeit gegenüber sozialrevolutionären Bewegungen — konservative Regierungen zu etablieren. Unter diesem Gesichtspunkt ist auch die saudi-arabische Unterstützung für diejenigen Befreiungsbewegungen innerhalb des eritreischen Widerstandes zu sehen, die dem eigenen Staats- und Politikverständnis folgen. Sie zielt weniger auf einen islamischen Kleinstaat Eritrea ab — in dessen engen Grenzen sich die ethnischen und religiösen Unvereinbarkeiten Äthiopiens nur zu wiederholen drohen —, ihr Gegner ist ein mit Moskau kooperierendes sozialrevolutionäres Addis Abeba. Auf dessen Regime wird ein konzentrischer ägyptisch-sudanesisch-saudi-arabischer Druck ausgeübt<sup>38)</sup>.

Mogadischu war, bei aller Zusammenarbeit mit Moskau, schon in der Vergangenheit darum bemüht, sich außenpolitische Optionen offenzuhalten. Aber auch die Hilfe der Sowjets an Somalia war nicht unbegrenzt. Sie lieferten nicht alle gewünschten Offensivwaffen. Sie waren im Grenzkonflikt zwischen Somalia und Äthiopien bzw. Kenia stets — wie auch die Chinesen — um strikte Neutrali-

tät bemüht. Das hat ihnen ihr jüngstes Engagement in Äthiopien erleichtert. Im Dezember 1976 wurde das erste sowjetisch-äthiopische Militärhilfeabkommen abgeschlossen. Wenig später folgten erste Waffenlieferungen. Am 6. Mai 1977 folgte anlässlich eines Besuches von Mengistu Haile Mariam in Moskau eine „Deklaration über die Grundlagen der freundschaftlichen Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und Äthiopien“<sup>39)</sup>. Kurz zuvor, im April 1977, war die amerikanische Militärmission aus Addis Abeba ausgewiesen worden; Washington hatte seine Militärhilfe an Äthiopien eingestellt. Damit endete ein in sich nicht immer schlüssiges Kapitel amerikanischer Ostafrika-Politik<sup>40)</sup>.

Bis in die jüngste Vergangenheit hinein hatte Washington die Afrikapolitik vorrangig seinen westeuropäischen NATO-Verbündeten überlassen. Seine Afrikapolitik war — wie am Kap so auch am Horn — am Status quo orientiert, verdeutlicht in der jahrzehntelangen Zusammenarbeit mit dem äthiopischen Kaiserreich. Mit dessen Zusammenbruch ist die amerikanische Ostafrikapolitik undeutlich geworden. Das Kommunikationszentrum Kagnaw hatte seine einstige Bedeutung verloren. Addis Abeba und Mogadischu waren darum bemüht, in ihren Konflikt die Großmächte hineinzuziehen. Davon wollte sich Washington freihalten. Noch ist über seine künftige Ostafrikapolitik in der vielstimmigen inneramerikanischen Diskussion keine endgültige Entscheidung gefallen.

## Die jüngste Entwicklung

Das Horn von Afrika ist von erheblicher strategischer Bedeutung. Von hier aus läßt sich sowohl auf den arabischen Raum — insbesondere auf den Sudan und Ägypten — als auch auf den Nahost-Konflikt Einfluß ausüben. Von hier aus läßt sich aber auch gegebenenfalls auf Schwarzafrika und auf den Konflikt im südlichen Afrika ausgreifen. Das Horn von Afrika ist überdies dem erdölträchtigen Persischen Golf nahe. Entlang den ostafrikanischen Ufern

führen die Routen der großen Öltanker vorbei. Das Rote Meer ist Verbindungslinie zwischen Europa, Afrika und Asien.

Angesichts dieser geopolitischen Gegebenheiten kann es nicht verwundern, daß unterschiedlichste, teilweise widersprüchliche Interessen in diesem Raum aufeinanderstoßen<sup>41)</sup>.

<sup>37)</sup> British Broadcasting Corporation: Summary of World Broadcast, Part 4, The Middle East and Africa. Second Series ME/4898/B/1, 8. 5. 1975.

<sup>38)</sup> Vgl. R. Glasgow, Das Rote Meer — eine neue Konfliktregion? Politik und Sicherheit im afro-arabischen Grenzbereich, I. Teil, in: Orient, 2/1977, S. 32; William F. Lee, Ethiopia, A Review of the Dergue, in: Africa Report, 2/1977, S. 11.

<sup>39)</sup> Text in Prawda, 8. 5. 1977.

<sup>40)</sup> Vgl. Hearings before the Subcommittee on African Affairs of the Committee on Foreign Relations, United States Senate, Ninety-Fourth Congress, Second Session on U. S. Relations with Ethiopia and the Horn of Africa, August 4, 5 und 6, 1976, Washington 1976, 138 Seiten.

<sup>41)</sup> Vgl. R. Glasgow, Das Rote Meer, a. a. O., I. Teil, in: Orient, 2/1977, S. 16—50; II. Teil, in: Orient, 3/1977, S. 25—68; John C. Campbell, Soviet Policy in Africa and the Middle East, in: Current History, Okt. 1977, S. 100 ff.

Es ist nicht allein der Ost-West-Konflikt, der hier zum Austrag kommt. Am Horn von Afrika werden auch innerarabische Gegensätze ausgefochten: zwischen den sogenannten Gemäßigten — u. a. Saudi-Arabien, die Golfstaaten, Ägypten und der Sudan — und der „Ablehnungsfront“ — u. a. Libyen und der Südjemen. Ägypten fürchtet überdies um seinen Lebensnerv, den Nil, der in der ostafrikanischen Region entspringt. Wasserbauprojekte an seinem Oberlauf berühren Kairo unmittelbar. Kompliziert wird die Lage noch dadurch, daß sich in der Region auch afroarabische und innerafrikanische Interessengegensätze hart im Raum stoßen.

Die langjährigen Revolutionswirren in Äthiopien waren für Somalia Anlaß für den Versuch, seine weitgesteckten Gebietsansprüche in der Ogaden-Region zu realisieren. Es suchte die Gunst der Stunde zu nutzen. Die dort schon seit vielen Jahren operierende — wenn auch wenig erfolgreiche — „Western Somalia Liberation Front“ (WSLF) rief im Sommer 1977 zum offenen Kampf gegen Addis Abeba auf. Sie erhielt von Anfang an jede nur erdenkliche — auch militärische — Hilfe von Mogadischu. Innerhalb weniger Monate hatte sie 90 Prozent der Region erobert.

Moskau suchte zwischen den beiden sich sozialistisch deklarerenden, aber zutiefst verfeindeten Nachbarstaaten Äthiopien und Somalia zu vermitteln<sup>42)</sup>. Es schlug eine Föderation vor. In die Vermittlungsbemühungen waren u. a. auch Kuba und der Südjemen eingeschaltet (Konferenz von Aden v. 16. 3. 1977), sie schlugen jedoch fehl<sup>43)</sup>. Mogadischu hielt an seiner Irredenta-Politik fest. Die Russen begannen auf das weitaus bevölkerungsstärkere Äthiopien zu setzen und verstärkten ihre Militärhilfe an Addis Abeba. Sie kannten Aufmarschpläne, Stärken und Schwächen der — von ihnen aufgebauten — somalischen Streitkräfte. Zwischen Moskau und Mogadischu kam es im November 1977 zum offenen Bruch.

Im Konflikt mit Äthiopien blieb Somalia vergleichsweise isoliert — trotz reger weltweiter diplomatischer Bemühungen. Dem Westen war es mit seinem Engagement gegenüber Äthio-

pien zu weit gegangen. Auch im arabischen Lager fand es nicht die Unterstützung, die es zeitweilig erwartet haben mag<sup>44)</sup>. Die partielle Unterstützung, die es u. a. von Ägypten, dem Sudan, dem Irak und den Saudis erhielt, vermochte die erhebliche sowjetisch-kubanische Militärhilfe nicht aufzuwiegen. Washington gestattete auch dem Iran nicht, größere amerikanische Waffenbestände an Somalia weiterzugeben. Wenn es insbesondere saudi-arabische Hilfe erhielt, so vor allem aus dem Bestreben heraus, dem sowjetischen Einfluß in der Region entgegenzuwirken. Die arabischen Staaten sind jedoch nicht ohne weiteres bereit, sich wegen des Ogaden- und des Eritreakonfliktes mit der jeder Sezession abgeneigten OAU zu überwerfen<sup>45)</sup>. Sie zählen vor allem im Nahostkonflikt auf afrikanische Stimmen.

Äthiopien hat mittlerweile (März 1978) mit substantieller sowjetisch-kubanischer Hilfe die Ogaden-Region zurückerobert. Nicht allein die umfangreichen sowjetischen Waffenlieferungen, sondern auch der mittlerweile öffentlich eingestandene Einsatz kubanischer Truppen hat im Westen — wie im Fall Angola — kontroverse Diskussionen ausgelöst. Die verschiedentliche Einschätzung der Kubaner als Erfüllungsgehilfen Moskaus<sup>46)</sup> scheint dabei den komplexen kubanisch-sowjetischen Beziehungen nicht immer gerecht zu werden. Dazu liegen wenig verlässliche Untersuchungen vor<sup>47)</sup>. Sie lassen aber immerhin die Hypothese zu, daß derartige Einsätze den Kubanern insofern nicht ungelegen kommen, als sie ihnen zu einer, wenn auch begrenzten, Führungsrolle im Nord-Süd-Konflikt verhelfen. Havanna vermag dadurch seine Abhängigkeit von Moskau zu verringern. Ob das den, wie auch immer definierten, westlichen Interessen zugute kommt, ist eine andere Frage. Kuba wird in Äthiopien so lange zu bleiben versuchen, bis sich dort — über die unumgänglichen Revolutionswirren hinweg — eine sozialistische Regierung auf Dauer zu etablieren vermocht hat. Das kann noch viele Jahre dauern.

<sup>42)</sup> Vgl. das Interview mit dem somalischen Präsidenten M. S. Barre in: *Newsweek*, 27. 6. 1977.

<sup>43)</sup> Vgl. Colin Legum, *Africa, Arabs and the Middle East*, in: Colin Legum (Hrsg.), *Africa Contemporary Record*, a. a. O., S. A 86.

<sup>44)</sup> Robert F. Lamberg, *Breschnews karibische Legion*, in: *NZZ*, 2. 3. 1978.

<sup>45)</sup> Vgl. Wolf Grabendorff, *Die kubanische Außenpolitik nach der Intervention in Angola*, *Berichte zur Entwicklung in Spanien, Portugal und Lateinamerika*, 2. Jahrgang, Heft 12 (Juli/August 1977), S. 10—20

<sup>42)</sup> Vgl. auch das Interview mit dem somalischen Präsidenten M. S. Barre in: *Al Ahram*, 19. 5. 1977; vgl. ferner *Financial Times*, 24. 4. 1977; *The Observer*, 8. 5. 1977; *The Washington Post*, 17. 5. 1977; Tom J. Farer, *Dilemmas on the Horn*, in: *Africa Report*, 2/ 1977, S. 2—6.

<sup>43)</sup> Vgl. V. Matthies, *Der Grenzkonflikt Somalias*, a. a. O., S. 439 ff.

Äthiopiens Stellung in der Region ist nicht weniger isoliert als die Somalias. Sein Militärregime hält vor allem mit Libyen und dem Südjemen Kontakt. Die Zusammenarbeit mit Libyen gefährdet vor allem den Sudan; die innenpolitische Situation in diesem Land ist labil. Der Gegensatz zwischen dem arabisch-islamischen Norden und dem christlich-animistischen Süden ist weiterhin ungelöst und gibt Addis Abeba im Bedarfsfall allemal Gelegenheit, Unruhen zu schüren<sup>48)</sup>. Der Sudan scheint in jüngster Zeit seine Unterstützung für die eritreischen Sezessionisten insofern zurückzunehmen, als er nur noch für eine Autonomie Eritreas plädiert.

Die südjemenitische Politik läßt einige Fragen offen. Saudi-Arabien hat es verstanden, sich mit erheblichen finanziellen Zuwendungen in Aden einzukaufen. Nichtsdestoweniger dient die Hafenstadt den sowjetischen Waffentransporten nach Äthiopien als Nachschubbasis. Aden gibt — zumindest für den Augenblick — über die saudiarabischen Gelder die Zusammenarbeit mit Moskau nicht auf.

Einen Sonderfall stellen die äthiopisch-kenianischen Beziehungen dar. Kenia gilt seit seiner Unabhängigkeit im Jahre 1963 als der verlässlichste Bundesgenosse des Westens in dieser Region. Es gibt Anzeichen dafür, daß sich Washington wie im Sudan, so auch in Kenia verstärkt — auch mit Militärhilfe — engagiert<sup>49)</sup>. Das ändert jedoch nichts daran, daß die langjährigen äthiopisch-kenianischen Militärvereinbarungen gegenüber Somalia auch heute noch Gültigkeit besitzen. Nairobi hat für diese Politik gute Gründe. Hätte Mogadischu mit seiner Irredenta-Politik gegenüber dem sozialistischen Militärregime in Addis Abeba Erfolg gehabt, wäre es — so nicht nur die Auffassung in Nairobi — nur eine Frage der Zeit gewesen, bis es auch gegenüber Kenia seine Gebietsansprüche gewaltsam durchzusetzen versucht hätte.

Äthiopiens gefährlichster regionaler Gegenspieler ist allerdings Saudi-Arabien. Riad

<sup>48)</sup> Vgl. I. Bowyer Bell, *The Horn of Africa. Strategic Magnet of the Seventies*, New York, National Strategic Information Center, 1973, S. 21—22; Nelson Kasfir, *Still Keeping the Peace. The Southern Sudan Four Years After the Addis Abeba Agreement*, American Universities Field Staff, North East Africa Series, Bd. 21/4, April 1976; Colin Legum (Hrsg.), *Africa Contemporary Record*, a. a. O., S. B 120—123.

<sup>49)</sup> Vgl. J. Gus Liebenow, *The Caucus Race: International Conflict in East Africa and the Horn*, American Universities Field Staff, East Africa Series, Bd. 11/1, Juli 1977, S. 9.

stößt sich — gleich Teheran — an dessen sozialrevolutionärem Regime und der Zusammenarbeit mit Moskau. Vornehmlich aus diesen beiden Gründen unterstützt Riad Eritrea und Somalia. Nicht alles was dort getan wird, entspricht den saudi-arabischen Vorstellungen von einer arabisch-islamischen Politik. Riad sucht jedoch einen Regimewechsel in Addis Abeba auszulösen.

Gleichzeitig ist Riads Politik am Roten Meer Teil seiner Nahost-Politik. Sollte es je zu einem arabisch-islamischen Kleinstaat Eritrea kommen, wäre das Rote Meer ein arabisches Binnenmeer. Das liegt nicht im Interesse Israels. Damit wäre ihm der wichtige — weil ölbringende — Zugang zum Indischen Ozean versperrt. Damit wäre ihm auch die Möglichkeit erschwert, im Süden — im Rücken der arabischen Welt — eine eigene, nötigenfalls antiarabische Afrikapolitik zu verfolgen. Vieles an der jüngst aufgekündigten israelisch-äthiopischen Zusammenarbeit wird damit erklärlich<sup>50)</sup>.

Ob sich die sowjetisch-äthiopische Zusammenarbeit für die Russen auf Dauer auszahlt, bleibt abzuwarten. Moskau hat ähnliches in der Region schon wiederholt versucht — bislang ohne großen Erfolg<sup>51)</sup>. Aus Ägypten, dem Sudan, Nordjemen und Somalia mußte es sich zurückziehen. Was ihm verblieb, waren zum Teil erhebliche volkswirtschaftliche Verluste. Auch die Äthiopier sind letztlich eher Nationalisten denn Sozialisten. Für die Russen besteht die Gefahr, daß sie derzeit nicht viel mehr als nützliche Handlanger der Äthiopier sind.

Vieles hängt davon ab, ob sich Mengistu Haile Mariam an der Macht zu halten vermag. Die zahlreichen innen- und außenpolitischen Krisen, denen er sich im letzten Jahr gegenüber sah, hat er nicht zuletzt dank tatkräftiger sowjetisch-kubanischer Hilfe und eines gnadenlosen blutigen Terrors zu begegnen vermocht<sup>52)</sup>. In seiner Person wird die Verschränkung von äthiopischer Innen- und Au-

<sup>50)</sup> Vgl. auch Herrick and Anita Warren, *The U. S. Role in the Eritrean Conflict*, in: *Africa Today*, Bd. 23/2, 1976, S. 51; R. Lobban, *The Eritrean War: Issues and Implications*, in: *Canadian Journal of African Studies*, Bd. 10/2, 1976, S. 339.

<sup>51)</sup> Vgl. William E. Griffith, *Verändertes Gesicht der Weltmächte im Nahen Osten*, in: *Europa-Archiv*, 23/1975, S. 719—730.

<sup>52)</sup> Conrad Kühlein, *Die Auswirkungen der Revolution in Äthiopien auf die Lage am Horn von Afrika*, in: *Europa-Archiv*, 5/1978, S. 135 ff.

Benpolitik deutlich. Der jüngste Erfolg im Ogaden-Krieg — den Addis Abeba propagandistisch geschickt zu einer Art „Vaterländischem Krieg“ erklärte — hat seine Stellung gestärkt. Ihm fehlt es jedoch noch an einer Massenbasis im Lande. Auch innerhalb der Streitkräfte ist seine Stellung nicht unumstritten. DDR-Berater sind um den Aufbau eines geheimen Nachrichtendienstes bemüht, der die Regierungspolitik mit anderen Mitteln fortsetzt. Abzuwarten bleibt, ob die Armee im zurückeroberten Ogaden mehr sein wird als eine Besatzungsmacht, die fern der wenigen befestigten Städte und Wasserstellen in einen zermürbenden Kleinkrieg verwickelt ist — eine Gefahr, der sie sich in Zukunft in noch viel größerem Maße in Eritrea gegenüber sehen wird. Entsprechend stellen sich die Probleme für den unmittelbaren Gegenspieler von Mengistu, den somalischen Präsidenten M. S. Barre, dar. Sein Ansehen hat durch den erfolglosen Krieg um den Ogaden gelitten; innenpolitische Folgen sind nicht auszuschließen, wie der jüngste Offiziersputsch zeigt.

Gleich bleibt die Not, die die jahrzehntelangen Grenzkonflikte am Horn von Afrika über die Masse der Bevölkerung bringen. Die Region zählt zu den ärmsten der Welt. Ein Großteil der Bevölkerung Äthiopiens, Somalias, aber auch Djiboutis und Kenias lebt in bedrückender Armut. Seit Jahrzehnten sind Addis Abeba und Mogadischu damit befaßt, die geringen Ressourcen ihrer Länder für einen Rüstungswettlauf zu mobilisieren, der nur noch wenig für entwicklungspolitische Zielsetzungen übrigläßt. Somalia steht vor einer tiefgreifenden Umstrukturierung seiner Wirtschaft und Gesellschaft. Beabsichtigt ist, in zunehmendem Maße die Nomaden sesshaft zu machen. Die Militärs in Äthiopien geben vor, nicht nur die „nationale Frage“ — Sicherung des Landes in den bisherigen Grenzen —, sondern gleichzeitig auch die „soziale Frage“ — Abbau der vormaligen feudalen Wirtschafts- und Sozialstrukturen — lösen zu wollen. Für sie alle müßte ein „Primat der Innenpolitik“ gelten<sup>53)</sup>. Damit ist jedoch kurzfristig nicht zu rechnen. Die Disposition zur Gewalt — als Mittel der Konfliktsaustragung — ist in der Region seit alters her groß<sup>54)</sup>. Daß es damit kurzfristig ein

Ende haben sollte, ist wenig wahrscheinlich. Überdies ist der Regionalkonflikt Gegenstand amerikanisch-sowjetischer Auseinandersetzungen. Das Engagement Moskaus in Somalia galt viele Jahre lang als Beweis für seine expansiven Absichten im Indischen Ozean<sup>55)</sup>. Mittlerweile ist es nachgerade zu einem „Renversement des Alliances“ gekommen. Nunmehr wird das sowjetische Engagement in Äthiopien für gleichlaufende Absichten angeführt. Daß zwischen dem Geschehen am Horn von Afrika und dem Bemühen der beiden Weltmächte, im und um den Indischen Ozean Einfluß auszuüben, ein Zusammenhang besteht, machte anläßlich des äthiopisch-somalischen Grenzkonflikts auch der amerikanische Außenminister Vance deutlich. Wenn Äthiopien die somalische Grenze überschreitet, gäbe es — so Vance in einer Pressekonferenz am 10. Februar 1978 — für die USA vorrangig zwei Handlungsmöglichkeiten: zum einen, Somalia aufzurüsten; zum anderen, die sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über Rüstungsbegrenzungen im Indischen Ozean einzustellen. Die beiden Großmächte verhandeln seit Sommer 1977 über dieses Thema. Nach Anfängen in Moskau und Washington finden diese vertraulichen Gespräche derzeit in Bern statt.

Washingtons strategische Position im Indischen Ozean ist stärker, als gemeinhin unterstellt wird<sup>56)</sup>. Mittels seiner raketenbestückten Atom-U-Boote und strategischen Fernbomber liegen große Gebiete der Sowjetunion in Reichweite amerikanischer Feuerstellungen. Moskaus langjährige Versuche, in der Region des Indischen Ozeans ebenfalls Fuß zu fassen, waren bislang wenig erfolgreich. Es hat das Dilemma, in seinen strategischen Zielsetzungen vom wenig kalkulierbaren politischen Wohlverhalten fremder Regierungen abhängig zu sein, noch nicht zu lösen vermocht. Noch steht ihm in dieser Region kein einziger exterritorialer Luft- oder Seestützpunkt zur Verfügung. Angesichts der zahlreichen Basen und

---

menschenverachtendes Verständnis der sozialen Umwelt gegenüber unterstellen. Vgl. auch V. Matthies, Der Grenzkonflikt Somalias, a. a. O., S. 200 und S. 442. Der Autor spricht in diesem Zusammenhang von einem in der somalischen Nomadenkultur tradierten „territorialen Imperativ“ (Landerwerb).

<sup>53)</sup> Vgl. Helmut Heinzlmeir, Die amerikanisch-sowjetischen Auseinandersetzungen um den Indischen Ozean, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51-52/75, S. 38—45.

<sup>56)</sup> Vgl. Helmut Heinzlmeir, Der Indische Ozean in der Weltpolitik, in: Marine-Rundschau, Bd. 75/5, Mai 1978, S. 13 ff.

---

<sup>53)</sup> Vgl. V. Matthies, Der Grenzkonflikt Somalias, a. a. O., S. 415.

<sup>54)</sup> Vgl. auch Christian Potyka, Haile Selassie, a. a. O., S. 44 ff. Der Autor setzt sich in diesem Zusammenhang mit Theorien auseinander, die den Amharen ein — nicht zuletzt christlich vermitteltes — machtbetonendes, autoritätsgläubiges, vielfach

Kommunikationszentren, die zwischen Australien, der Golfregion und Südafrika den westlichen Flottenverbänden zur Verfügung stehen, droht den im Indischen Ozean kreuzenden sowjetischen Verbänden — vergleichbar denen im Mittelmeer — im Krisenfall ein schnelles Ende.

Dieser Tatsache ist sich auch Moskau bewußt. Deshalb unterstützt es — einmal abgesehen von seinem Grundanliegen, die atomare Bedrohung (Atom-U-Boote, strategische Fernbomber) aus dem Indik zu eliminieren — die erwähnten Verhandlungen in Bern über eine Begrenzung der militärischen Präsenz im Indischen Ozean<sup>57)</sup>. Sie sind mittlerweile, nach einer Verhandlungsrunde vom 7. bis 17. Februar 1978, vertagt worden. Sie waren bereits Ende letzten Jahres zeitweilig in eine Sackgasse geraten, vor allem, weil Moskau mit

---

<sup>57)</sup> S. Vladimirov in: Prawda, 18. 1. 1978.

dem Rückzug aus Berbera eines seiner letzten „bargaining chips“ verlor. Mittlerweile belastet der äthiopisch-somalische Konflikt die bilateralen Gespräche. Ohnehin ist durch die Verhandlungen keine — auch nur mittelfristige — Demilitarisierung in dieser Region zu erwarten. Washingtons Stellung im Indik ist zu stark, als daß es dazu bereit sein könnte. Seine vielzitierte strategische Basis, die Insel Diego Garcia, ist für die Amerikaner kein Verhandlungsgegenstand<sup>58)</sup>. Washington könnte aber bereit sein, seine regionale Dominanz nicht noch weiter auszubauen — u. a. eben auf Diego Garcia. Aber auch dafür muß Moskau gegebenenfalls einen Preis zahlen, z. B. in den SALT-Gesprächen oder in seiner Afrikapolitik. Es kann sich aber auch um neuerliche „bargaining chips“ bemühen.

---

<sup>58)</sup> Vgl. Jack Fuller, Dateline Diego Garcia: Paved-Over Paradise, in: Foreign Policy, Nr. 28, Herbst 1977, S. 181.



# Nationalismus, Marxismus und Tradition in Schwarzafrika

## I. Einleitung

Die jüngsten politischen und militärischen Auseinandersetzungen in Afrika (Angola, Zaire, Somalia/Äthiopien usw.) werden von afrikanischen Politikern zunehmend als Vorboten eines umfassenden Konflikts zwischen Ost und West auf diesem Kontinent betrachtet; insbesondere ein nicht mehr auszuschließender Rassenkrieg um Südafrika könnte einen solchen Konflikt auslösen. Dieser Furcht gab der Präsident der Elfenbeinküste, Felix Houphouët-Boigny, in einem Interview Ausdruck: „Die Einmischung der Kommunisten in Afrika wird zu heftigen Reaktionen des Westens und damit zu Konfrontationen führen, deren Opfer unvermeidlich wir Afrikaner sein werden.“<sup>1)</sup>

In der Tat hat mit der sich zuspitzenden Auseinandersetzung um die Restpositionen des weißen Rassismus im südlichen Afrika auch das Problem der ideologisch-politischen Einflußnahme im Afrika südlich der Sahara eine neue Dimension gewonnen. Lag Schwarzafrika bis zu Beginn der siebziger Jahre im Windschatten derjenigen Weltregionen, in denen sich seit dem Zweiten Weltkrieg die politisch-ideologische und militärische Auseinandersetzung zwischen den bipolaren Machtblöcken vornehmlich vollzog (Ostasien und Mittlerer Osten), so veranlaßten die „Rohstoff-Krise“ der früheren siebziger Jahre, der gleichzeitige Zusammenbruch des portugiesischen Kolonialreiches und die in ihre letzte Phase eintretende Auseinandersetzung um das weiße südliche Afrika die beiden Weltmächte zur direkten Intervention.

Sicherlich hatte es auch im Verlauf der ersten Unabhängigkeitsdekade (1960—1970) direkte Eingriffe in innerafrikanische Konflikte sowohl von seiten der Vereinigten Staaten wie

der Sowjetunion gegeben; illustriert wird dies durch das Verhalten beider Mächte etwa in den Kongo-Krisen von 1960/61 und 1964/65. Doch handelte es sich dabei um Aktivitäten, die im Rahmen der globalen — politischen, wirtschaftlichen, militärischen — Strategie beider Länder von sekundärer Bedeutung waren<sup>2)</sup>. Schwarzafrika — insbesondere der frankophone Teil — blieb weitgehend eine Domäne der ehemaligen Kolonialmächte, deren wirtschaftliche Interessen in der Region — mit Ausnahme Südafrikas — viel bedeutender sind, als etwa die der Vereinigten Staaten.

Das Aufrücken Schwarzafrikas zu einem bevorzugten Schauplatz des west-östlichen Ringens um politischen Einfluß geht einher mit verschiedenen Formen der ideologischen Beeinflussung, die wechselseitig als „kommunistische Unterwanderung“ bzw. „neokoloniale Infiltration“ bezeichnet werden. Demgegenüber steht eine Strömung, die für sich beansprucht, „authentische“ afrikanische Interessen zu vertreten und sich insbesondere auf die „afrikanische Tradition“ beruft. Eine scharfe Trennung zwischen den Hauptströmungen des zeitgenössischen politischen Denkens in Afrika — Nationalismus, Marxismus, Traditionalismus — läßt sich allerdings nicht ziehen, da vielfach Anleihen bei der „Konkurrenz“-Ideologie gemacht werden bzw. eine Symbiose unterschiedlicher Geistesströmungen angestrebt wird. Im folgenden soll deshalb lediglich eine Skizze der ideologischen Auseinandersetzungen in Afrika und ihrer Auswirkungen auf die Politik gegeben werden.

<sup>2)</sup> Ausführliche Darstellungen zur Afrika-Politik der Großmächte in den sechziger Jahren vermitteln u. a. W. Nielsen, *The great powers and Africa*, London 1969; R. Emerson, *Africa and United States Policy*, Englewood Cliffs 1967 u. R. Legvold, *Soviet Policy in West Africa*, Cambridge/Mass. 1970.

<sup>1)</sup> *Le Monde* v. 8. Oktober 1977.

## II. Nationalismus: Ideologie der Befreiung und der Herrschaftssicherung

Der Nationalismus ist seit der Zeit der Unabhängigkeitsbewegung gegen den Kolonialismus, die vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg einsetzte, die dominierende Ideologie in Afrika. Doch unterscheidet sich der Nationalismus der Kolonialzeit sowohl in seinen Formen wie in seiner Wirkung erheblich vom nachkolonialen Nationalismus der in ihrer Mehrzahl Anfang der sechziger Jahre unabhängig gewordenen Staaten Schwarzafrikas.

Der koloniale Nationalismus war in Schwarzafrika vor allem „nationalisme contraire“ (Senghor), Gegenbewegung gegen den expansiven Nationalismus der Kolonialmächte, und er nahm damit die Form einer Ideologie der politischen Befreiung von der Kolonialherrschaft an. Diese Ideologie bezog ihre Argumente, Instrumente und Organisationsformen aus eben den Ländern, die damit bekämpft wurden; ihr Wortführer war die schmale Schicht westlich gebildeter Intellektueller, die in den gleichen Kategorien dachten und nach ähnlichen Maximen handelten, wie ihre Gegner in der Kolonialverwaltung und Regierung des „Mutterlandes“. Die afrikanischen Nationalisten knüpften im allgemeinen nicht an den traditionellen antikolonialen Widerstand der religiösen oder Stammesgemeinschaften an, sondern waren im Gegenteil bestrebt, ihre Forderungen nach zunächst politischer Gleichberechtigung, dann nach Unabhängigkeit, mit dem Bemühen um „Modernisierung“ zu verbinden. „Modernisierung“ bedeutete für die politischen Bewegungen des schwarzen Afrika die weitgehend unkritische Übernahme europäischer Normen, Technologien und Konsummuster, kurz: des westlichen Entwicklungsmodells schlechthin, dessen Etappen der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Walt W. Rostow für die Entwicklungsländer vorgezeichnet hat<sup>3)</sup>.

Dennoch existierte im kolonialen Nationalismus eine gewisse Interessenidentität zwischen städtischen Intellektuellen und Verwaltungsfunktionären einerseits und den Bauern andererseits: Die nationalistischen Bewegungen forderten nicht nur politische Partizipation bzw. Unabhängigkeit sondern auch die Abschaffung von Zwangsarbeit und Kopfsteuer,

<sup>3)</sup> W. W. Rostow, *The stages of economic growth*, Cambridge 1960.

mit deren Hilfe die Kolonialverwaltung die Bauern in die Geldwirtschaft kolonialen Typus („*économie de traite*“) einzubeziehen versuchte. Diese Forderungen gaben dem antikolonialen Widerstand einen konkreten, auch dem analphabetischen Landbewohner vermittelbaren Sinn<sup>4)</sup>.

Allerdings ließ sich damit der Widerspruch zwischen dem modernen Nationalismus der Eliten im Rahmen künstlich geschaffener territorialer Einheiten und dem „bodenständigen“ Antikolonialismus der in der traditionellen Dorf- oder Stammesgemeinschaft verankerten Landbevölkerung nur notdürftig überbrücken. Die Kolonialmächte zerstörten nicht nur in weiten Teilen Afrikas die auf einem komplizierten ethnisch-regionalen Gleichgewichtssystem beruhenden vorkolonialen Staatsgebilde, sie förderten auch bewußt Rivalitäten zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppierungen, um den Einfluß der nationalistischen Bewegung zu schwächen.

Der „Tribalismus“, d.h. der Vorrang des Stammes- vor dem Nationalbewußtsein, wurde zu einem bestimmenden Element der afrikanischen Politik, da die politische und berufliche Karriere vielfach von der Zugehörigkeit zu einer bestimmten ethnischen Gruppe abhing<sup>5)</sup>. Diese Entwicklung setzte sich auch nach der Unabhängigkeit fort und trug wesentlich zur Schwächung der „staatsnationalistischen“ Ideologie bei.

Entscheidender aber war, daß der nachkoloniale Nationalismus jene Interessenidentität einbüßte, die bis zur Erringung der politischen Unabhängigkeit eine wenn auch nur lockere Verbindung zur Mehrheit der Bevölkerung geschaffen hatte. Da das Feindbild des Kolonialismus entfiel, mußte ein Ersatz geschaffen werden, der es ermöglichte, eine andauernde Interessenidentität zumindest vorzutäuschen. In den „progressiven“ Staaten geschah dies,

<sup>4)</sup> Zur Entwicklung des kolonialen Nationalismus in Afrika s. u. a. T. Hodgkin, *Nationalism in Colonial Africa*, London 1956.

<sup>5)</sup> Der „Tribalismus“ wird vielfach als Mittel im politischen Machtkampf eingesetzt; dabei werden auch ursprünglich soziale Konflikte zu ethnischen Konflikten „verfälscht“. Beispiele dafür gibt A. O. Sanda, *Ethnic Pluralism and Intra-Class Conflicts in four West African Societies*, in: *Civilisations*, Vol. XXVII, Nr. 1/2, 1977, S. 76 ff.

indem an die Stelle des Kolonialismus „Neokolonialismus“ und „Imperialismus“ traten, denen die Verantwortung für Unterentwicklung und gleichbleibend schlechte oder sich gar verschlechternde Lebensbedingungen zugeschrieben wurde. In den Staaten mit „liberaler“ (wirtschaftlicher) Ausrichtung setzte man an Stelle der negativen Begründung des Nationalismus ein positives Leitmodell: In Fortsetzung des „Modernisierungs“-Strebens sollte statt des antikolonialen Widerstandes der Kampf um wirtschaftliche und soziale Entwicklung zum Kern eines gemäßigten Nationalismus werden.

Beide Methoden erwiesen sich mit zunehmender Dauer als relativ wirkungslos: Für den Bauern im „progressiven“ Guinea war nach zehn Jahren Unabhängigkeit kaum einzusehen, warum Neokolonialismus und Imperialismus für seine Misere verantwortlich sein sollten, da für ihn die Repräsentanten der Staatsgewalt immer stärker die Züge der ehemaligen Kolonialverwaltung annahmen und ihm gegenüber die gleichen — negativen — Funktionen ausübten (Steuereintreibung, zwangsweise Vermarktung der Agrarprodukte). Ebenso wenig vermochte sich der kleine Kaffeepflanzer im „konservativen“ Kenia mit der Entwicklungsstrategie seiner Regie-

rung zu identifizieren, da die Früchte dieser Strategie offensichtlich weniger ihm als einer kleinen Minderheit zugute kamen.

Der nachkoloniale Nationalismus in Afrika, auf einem brüchigen Fundament stehend, von tribalistischer Solidarität gefährdet und nur von der schmalen Elite getragen, war spätestens ab Mitte der sechziger Jahre weitgehend zur Rechtfertigungs-Ideologie der Herrschaft einer kleinen privilegierten Schicht abgesunken. Er verlor deshalb zusehends seine ohnehin begrenzte Anziehungskraft auf die breiten Massen und wurde damit als Instrument der Herrschaftsstabilisierung zunehmend wirkungslos<sup>6)</sup>. Diese Entwicklung äußerte sich in einer Vielzahl militärischer Staatsstriche, die die nationalistischen Führungen der ersten Stunde beseitigten, ohne jedoch in der Mehrzahl der Fälle zu mehr als einem bloßen Wechsel von ziviler zu militärischer Machtausübung zu führen. Die Herrschaftslegitimation der auf diese Weise an die Macht gekommenen Regierungen war aber noch fragwürdiger als die der Führer des antikolonialen Widerstandes; sie versuchten deshalb in der Folge, ihre ideologische Basis durch die „Anreicherung“ des Nationalismus mit anderen Ideologien zu erweitern. Dabei spielte der Einfluß des Marxismus eine bedeutende Rolle.

### III. Die Anwendung des Marxismus in Afrika

Die zunehmende Beeinflussung des zeitgenössischen politischen Denkens in Afrika durch marxistische Ideen könnte auf die Geschlossenheit des marxistischen Theoriegebäudes zurückgeführt werden; der dialektische Materialismus als philosophische Basis und der historische Materialismus als historische Methode verleihen dem Marxismus als „wissenschaftliche Weltanschauung“ eine stärkere intellektuelle Aussagekraft als die diffusen Strömungen des afrikanischen Nationalismus. Überdies bietet der Marxismus in seinen unterschiedlichen Prägungen aus der Sicht der Dritten Welt erfolgversprechende Modelle und Zukunftsvorstellungen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung.

Paradoxe Weise übernehmen jedoch nur wenige politische Bewegungen des schwarzen Afrika die marxistische Ideologie insgesamt als Grundlage ihres politischen Denkens und Handelns.

Vielmehr werden — im Widerspruch zur marxistischen Doktrin<sup>7)</sup> — zumeist nur einzelne Bestandteile des Marxismus übernommen, andere jedoch zurückgewiesen. Dies ist weniger darauf zurückzuführen, daß sich das „afrikanische Temperament“ einer Disziplinierung durch den Marxismus widersetzt, wie der Journalist Peter Scholl-Latour meint<sup>8)</sup>, sondern vielmehr auf ein weit verbreitetes und durch die politische Entwicklung bestätigtes Mißtrauen gegenüber jeglicher Form ausländischer Einmischung in innerafrikanische Angelegenheiten, auch in Form eines „Ideologie-Exports“.

<sup>6)</sup> Vgl. G. Arrighi/J. S. Saul, *Nationalism and Revolution in Sub-Saharan Africa*, in: dies., *Essays on the Political Economy of Africa*, New York/London 1973, S. 86 ff.

<sup>7)</sup> Vgl. I. G. Shivji, *Class Struggles in Tanzania*, Dar es Salaam 1975, S. 13.

<sup>8)</sup> P. Scholl-Latour, *Vor den Trümmern einer Utopie. Die Völker der Dritten Welt und die Ratlosigkeit des Abendlandes*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 8. Januar 1977.

Dieses Mißtrauen kommt in drei immer wiederkehrenden zentralen Vorwürfen afrikanischer Politiker und Theoretiker gegenüber dem Marxismus zum Ausdruck: Daß in der marxistischen Theorie die „Basis“, d. h. die wirtschaftlichen Faktoren, einseitig den „Überbau“, d. h. die politische, kulturelle und juristische Struktur eines Staates, determiniere; daß der Marxismus ein mechanistisches, für alle Gesellschaften gültiges Entwicklungsmodell postuliere, und daß ein Großteil der Aussagen des Marxismus nur für eine bestimmte Epoche der europäischen Geschichte gültig sei<sup>9)</sup>.

### Die Marx-Interpretation bei Senghor

Exemplarisch für diese Argumentation steht der senegalesische Staatspräsident und politische Philosoph Leopold Sédar Senghor. In seiner programmatischen Schrift „Pour une relecture africaine de Marx et d' Engels“<sup>10)</sup> begründet Senghor die spezifische Form der Anwendung des Marxismus in Afrika. Unter Bezug auf einen Brief von Friedrich Engels, in dem dieser den Vorrang der Ökonomie in der historischen Entwicklung begründet, schreibt Senghor: „Was uns Afrikaner am meisten interessiert, ist weniger der philosophische Streit als die tatsächliche Debatte. Und diese ist in der Tat, zu wissen, ob in der Realität der ‚Überbau‘, d. h. die kulturellen Faktoren, nicht ebenso wichtig sind — ich sage nicht wichtiger — als die wirtschaftlichen Faktoren“ (S. 13).

„Kulturelle Faktoren“ — das sind für Senghor vor allem die besondere historische Entwicklung eines Landes, seine rassischen, ethnischen und nationalen Eigenarten, die ein Produkt der Wechselwirkung von Vererbung und Umwelt sind. Die Entwicklung der afrikanischen Gesellschaften kann deshalb nur unter Rückgriff auf die „afrikanischen Tugenden“ erfolgen, und auch der Sozialismus muß an die afrikanische Realität angepaßt werden (S. 14). Diese Realität äußert sich vor allem im unterschiedlichen Entwicklungsstand Afrikas gegenüber dem Europa des 19. Jahrhunderts und in den verschiedenen Gesellschaftsstrukturen.

<sup>9)</sup> Zur Diskussion dieser Fragen vom marxistischen (afrikanischen) Standpunkt s. K. Botchwey, *Marxism and the Analysis of the African Reality*, in: *Africa Development*, Vol. II, Nr. 1, Februar 1977, S. 9 ff. u. Shivji, a. a. O., insb. Kap. 2: *The Applicability of the Marxist Theory in Africa*.

<sup>10)</sup> Dakar/Abidjan 1976.

In den Schriften der marxistischen Klassiker findet der „demokratische Sozialist“ Senghor eine durchaus unterschiedliche Einschätzung der Rolle dieser „nationalen Realitäten“. So habe Marx zugestanden, daß weniger entwickelte Länder von der primitiven Dorfgemeinde als gesellschaftlicher Basis ausgehend zum Sozialismus gelangen könnten, ohne notwendigerweise das Stadium des entwickelten Kapitalismus und des Klassenkampfes durchlaufen zu müssen (S. 16—17). Demgegenüber habe sich Engels in dieser Frage „einmal mehr“ doktrinärer gezeigt als Marx, indem er die These einer einheitlichen Entwicklung aller Gesellschaften nach westeuropäischem Vorbild vertreten habe (S. 17). Dies führt Senghor zu dem — unter afrikanischen Intellektuellen weit verbreiteten — Vorwurf des „Eurozentrismus“, d. h. zu dem Vorwurf, daß die Ideen europäischer Philosophen und Theoretiker — seien sie marxistisch oder „bürgerlich“ — vom Zustand ihrer eigenen Gesellschaft geprägt und nur für diese vollständig anwendbar sind.

Die Werke von Marx und Engels, wie die anderer europäischer Denker, sind — so Senghor — „... Produkte von Raum und Zeit, d. h. einer bestimmten Geographie, Geschichte, Volkszugehörigkeit und Kultur. In anderen Worten: Sie enthalten neben allgemeinen — für alle Menschen aller Zeiten gültigen — Aussagen auch spezifische Aussagen, die der jeweiligen Nation sowie dem betreffenden Kontinent und Jahrhundert eigen sind“ (S. 41).

Folgerichtig wendet sich Senghor gegen den „Pillen-Marxismus“ in Gestalt von in Europa vorfabrizierten Formeln zum Export in die Entwicklungsländer, und er begründet damit gleichzeitig die Zurückweisung zentraler Aussagen der marxistischen Theorie. An erster Stelle steht dabei die Ablehnung der marxistischen Klassentheorie, da in Afrika die Bauernschaft das „wahre Proletariat“ darstelle und der Hauptwiderspruch nicht zwischen unterschiedlichen Klassen innerhalb einer Nation sondern zwischen reichen und „proletarischen“ Ländern im Weltmaßstab zu suchen sei (S. 48/49). Daraus resultiert auch eine unterschiedliche Einschätzung der Rolle des Staates; in Afrika habe dieser nicht die Funktion, die Herrschaft einer Klasse über eine (oder mehrere) andere zu sichern sondern — da es sich um „proletarische“ Nationen handelt — alle gesellschaftlichen Gruppen zum Zwecke der Nationsbildung sowie der Erringung von politischer, wirtschaftlicher und kultureller

Unabhängigkeit zu organisieren und zusammenzuschließen (S. 50). Letztlich sei der Atheismus abzulehnen, da der Schwarzafrikaner (Négro-Africain) traditionell „religiös“ eingestellt sei (S. 48).

### „Afrikanisierung“ des Marxismus

Marxistische Kategorien gehören zum selbstverständlichen Rüstzeug des politischen Denkers Senghor, auch wenn sie nur in abgewandelter Form auf die afrikanischen Verhältnisse angewendet werden. Diese Form der Akzeptierung des Marxismus findet sich in unterschiedlichen Variationen bei einer Vielzahl politischer Führer Afrikas, wenngleich in den meisten Fällen mit weitaus geringerer intellektueller Brillanz begründet. In der politischen Praxis bedeutete dies eine „Afrikanisierung“ des Marxismus, die in dem Begriff „afrikanischer Sozialismus“ zum Ausdruck kommt; die Inkorporierung gewisser marxistischer Kategorien verfolgte vor allem den Zweck, dem nachkolonialen Nationalismus eine neue und erweiterte Legitimationsbasis zu verschaffen <sup>11)</sup>.

Diese Entwicklung zeigt die politische Bedeutung der theoretischen Debatte über den Marxismus in Afrika, die sich sowohl in den afrikanischen Staaten selbst wie in ihren Außenbeziehungen auswirkt. Die Ablehnung grundlegender Aussagen des Marxismus, vor allem des Klassenkampf-Postulats, erlaubt z. B. — bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung eines sozialistischen Anspruchs — die Rechtfertigung der Einparteienherrschaft, da Parteien Ausdruck unterschiedlicher Klasseninteressen sind, soziale Klassen aber in der Sicht des „afrikanischen Sozialismus“ nicht existieren — ein Argument, das unter Verweis auf die spezifische Form der „traditionellen afrikanischen Demokratie“ untermauert wird. Selbst sich zum Marxismus bekennende Politiker und Theoretiker wie der ehemalige Ministerpräsident von Kongo-Brazzaville, Pascal Lissouba, halten die marxistische Klassenanalyse für nur bedingt auf „vorkoloniale, feudale und koloniale Gesellschaften“ anwendbar <sup>12)</sup>.

<sup>11)</sup> Es kann an dieser Stelle keine Analyse des „afrikanischen Sozialismus“ geleistet werden; im folgenden sollen nur einige politische Implikationen dieser spezifischen Form der Anwendung des Marxismus in Afrika aufgezeigt werden, ohne dabei auf die anderen ideologischen Komponenten des „afrikanischen Sozialismus“ einzugehen.

<sup>12)</sup> P. Lissouba, *Conscience du développement et démocratie*, Dakar/Abidjan 1975, S. 49.

Die Übernahme von ausgewählten Teilen der marxistischen Ideologie durch die politische Führung bewirkt andererseits, die aufkeimende Unzufriedenheit vor allem unter den Intellektuellen, aber auch Gewerkschaftern, zu dämpfen und der unkontrollierten Ausbreitung marxistischen Gedankenguts vorzubeugen. Die Betonung des Gegensatzes zwischen reichen und „proletarischen“ Nationen und der damit einhergehende verbale „Antiimperialismus“ vermitteln dieser Unzufriedenheit überdies ein Ventil und haben die Funktion, von inneren Schwierigkeiten abzulenken bzw. für diese die Industrieländer („Neokolonialismus“, „Imperialismus“ usw.) verantwortlich zu machen.

Der „afrikanische Sozialismus“ sieht sich selbst in der Tradition des kolonialzeitlichen Nationalismus; da dessen Kampf sich gegen den Kolonialismus als Bestandteil des Weltkapitalismus richtete, nahm er damit zugleich auch „sozialistische Züge“ an <sup>13)</sup>. Der „afrikanische Sozialismus“ ist in seiner Außenfunktion deshalb primär als „linke“ Form des sog. „Third Worldism“ zu betrachten, d. h. als Ausdruck einer Bewegung, die unbeschadet der unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Systeme in den Entwicklungsländern diese als Einheit mit gemeinsamen grundlegenden Interessen begreift und diese in der internationalen Diskussion um eine neue Weltwirtschaftsordnung gegenüber den Industrieländern durchzusetzen versucht. Diese Außenfunktion wird auch an der gleichermaßen antikommunistischen Haltung des „afrikanischen Sozialismus“ sichtbar; dem Marxismus wird „ideologischer Neokolonialismus“ vorgeworfen, seine Anwendung geschieht unter Entkleidung seines „europäischen Szientismus und Technizismus“ <sup>14)</sup>, der — so der senegalesische Journalist Jean-Pierre Ndiaye — die Zugehörigkeit des Menschen zu einer bestimmten „ethnisch-kulturellen Struktur“, d. h. seinem „Daseinszentrum“, leugnet <sup>15)</sup>. Die Betonung dieser Zugehörigkeit verweist auf den Einfluß der Tradition auf das politische Denken im unabhängigen Schwarzafrika.

<sup>13)</sup> So die Argumentation bei Y. Person, *Réflexions sur Marx et le socialisme africain*, in: *Ethiopiennes*, No. spécial (70<sup>e</sup> anniversaire du Président Leopold Sédar Senghor), 1976, S. 191.

<sup>14)</sup> Ebenda.

<sup>15)</sup> J.-P. Ndiaye, *Monde noir et destin politique*, Paris/Dakar 1976, S. 46.

## IV. Tradition als Ideologie

Tradition in Afrika meint überwiegend religiöse Tradition, die verstanden werden soll „als die Einheit von theologischen Prämissen, der durch sie legitimierten Funktionen und der Organisationen, die diese Funktionen wahrnehmen“<sup>16)</sup>. Auch wenn Religion im engeren Sinne nur einen Aspekt der gesamten sozio-kulturellen Struktur darstellt, so nimmt sie doch einen bedeutenden Platz in der Entwicklung gesellschaftlicher und politischer Organisationsformen in Afrika ein: Die animistischen „tribalen Kulte“ sind nicht von der Struktur und Entwicklung des Stammessystems, die polytheistischen Religionen nicht von der Entstehung der ‚absoluten Monarchie‘ in den afrikanischen Großreichen zu trennen, und der Islam ist nicht nur religiöse Doktrin sondern zugleich selbständige Kulturform und gesellschaftliche Institution, die moralische und politische Werte vermittelt<sup>17)</sup>.

Der Einfluß der Tradition auf das ideologische Denken im nachkolonialen Afrika vollzieht sich auf zwei Wegen: Einmal in einer unreflektierten Rückbesinnung auf „traditionelle Werte“, deren Sinn und Funktion nicht in Frage gestellt und die nicht einmal in Bezug zu den gegenwärtigen gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen gesetzt werden. Zum anderen in Gestalt einer „Erneuerungsbewegung“, die unter Berufung auf „progressive“ Elemente in der afrikanischen Tradition eine Reform der bestehenden nachkolonialen Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur anstrebt.

### „Authentizitäts“-Politik

Zur ersten Kategorie gehören Bestrebungen, die durch einen Rückgriff auf „traditionelle Werte“ und „Authentizität“, durch ein „Zurück zu den Ursprüngen“ (Retour aux sources) der abnehmenden Wirksamkeit des nachkolonialen Nationalismus als Ideologie der politischen Integration und der Herrschaftsstabilisierung entgegenwirken wollen. Die „Authentizitäts“-Politik, wie sie von einigen afrikanischen Regierungen betrieben wird (z. B. Zaire, Rwanda, früher auch Tschad), beschränkt sich weitgehend auf Oberflächen-Phänomene: Ver-

bot christlicher (d. h. europäischer) Vornamen, Umbenennung von Städten, Provinzen, Seen usw. oder gar — wie im Tschad unter dem gestürzten Präsidenten Tombalbaye geschehen — Verpflichtung der Verwaltungsbeamten, die traditionellen Initiationsriten einzuhalten. Solche Maßnahmen mögen bis zu einem gewissen Grad eine positive psychologische Wirkung besitzen, wenn sie im Kontext einer alle gesellschaftlichen Bereiche umfassenden Reformpolitik erfolgen, deren Ziel ein eigenständiges, eben „authentisches“ ökonomisch-politisches und sozio-kulturelles System ist<sup>18)</sup>. Als isolierte Maßnahmen ändern sie nichts an den bestehenden Verhältnissen und verfehlen damit auch das Ziel, die Kommunikationslücke zwischen der herrschenden bürokratischen Elite und den breiten Massen zu verringern; in einem solchen Fall sind sie nach den Worten des senegalesischen Soziologen Babakar Sine nichts weiter als eine „irrationale Mystifizierung“ zur „Hypnotisierung der Massen“<sup>19)</sup>. Diese Mystifizierung hat konkrete politische Auswirkungen: Der zairische Staatsoberhaupt Mobutu begründete z. B. das Einparteiensystem in seinem Land damit, daß es „in keinem afrikanischen Dorf zwei Dorfbefehlshaber (gibt), von denen der eine die Mehrheit repräsentiert, während der andere die Minderheit, die Opposition vertritt“<sup>20)</sup>.

### „Négritude“ und islamische Reformbewegung

Für den „fortschrittlichen“ afrikanischen Traditionalismus stehen exemplarisch zwei Strömungen, von denen die eine vom westlichen Denken beeinflusst ist, während die andere eng mit der islamisch-arabischen Kultur verbunden ist. In der Négritude-Konzeption, deren Ursprünge auf eine Gruppe westindischer und afrikanischer Intellektueller im Paris der dreißiger Jahre zurückgehen, wird eine Symbiose zwischen traditionellen Werten der „negro-afrikanischen Zivilisation“ und „modernen“, den Erfordernissen sozio-ökonomischer Entwicklung entsprechenden Ideologien angestrebt; einbezogen werden insbesondere Elemente des marxistischen und des modernen

<sup>16)</sup> B. Johansen, Religiöse Traditionen und koloniale Struktur in Marokko, in: *Das Argument* 79, Juli 1973, S. 309.

<sup>17)</sup> Vgl. B. I. Sharevskaia, *The Religious Traditions of Tropical Africa in Contemporary Focus*, Budapest 1973, S. 78.

<sup>18)</sup> In diesem Sinne z. B. A. Gaudio, *Le Livre vert de Mobutu*, in: *Africa*, Nr. 94, Oktober 1977, S. 25.

<sup>19)</sup> B. Sine, *Impérialisme et théories sociologiques du développement*, Paris 1975, S. 271 ff.

<sup>20)</sup> Zit. nach Sine, a. a. O., S. 275.

christlich-humanistischen Denkens, wie es etwa in den Schriften von Teilhard de Chardin zum Ausdruck kommt. Die *Négritude*, deren bekanntester Vertreter der senegalesische Staatspräsident Senghor ist, versucht, Bestandteile der vorkolonialen Kultur in das gegenwärtig existierende System zu integrieren und weiterzuentwickeln; ihre Wurzel ist das Gefühl von der Besonderheit der schwarzafrikanischen Kultur. Sie ist „kultureller Nationalismus“ und damit — wie der koloniale Nationalismus — „Nationalismus der Befreiung“, da in ihrer Sicht nach der politischen Unabhängigkeit die Erringung der kulturellen Unabhängigkeit die wichtigste Aufgabe ist. In der *Négritude*-Konzeption wird Ideologie lediglich als Instrument zur Schaffung wirkungsvollerer Regierungsformen angesehen; ideologische Bindungen sind aber immer der Zugehörigkeit des Menschen zu einer Nation bzw. zu einem Kulturkreis (im Falle der *Négritude*: „Negro-afrikanische Zivilisation“) untergeordnet<sup>21)</sup>.

Die Bedeutung, die in der *Négritude*-Konzeption den Begriffen „Kultur“ und „Zivilisation“ beigemessen wird, macht sie aber in den Augen ihrer Kritiker selbst „ideologieverdächtig“; so ist z. B. für B. Sine die *Négritude* „ideologischer Ausdruck der historischen und sozialen Position eines bestimmten Kleinbürgertums“ und „Flucht in das Irrationale und in die metaphysische Spekulation“<sup>22)</sup>. Manche Kritiker sehen in der spezifischen „negro-afrikanischen Identität“ eine gefährliche Mystifizierung, die negative Auswirkungen auf das Streben nach der Einheit Afrikas haben kann, da in der *Négritude*-Konzeption gemeinsame historische Wurzeln und geistige Bindungen eher mit den Schwarzen Nordamerikas und der Karibik (oder gar mit den drawidischen Völkern Südindiens) gesucht werden, als mit der „arabo-berberischen Zivilisation“ Nordafrikas. Die Folge sind politische Spannungen, die etwa auf dem zweiten Festival der negro-afrikanischen Kunst im Frühjahr 1977 in Lagos zum Ausdruck kamen, als es um die Teilnahme der arabischen Staaten am Colloquium „Schwarze Zivilisation und Erziehung“ ging, das nach Meinung der *Négritude*-Verfechter den Schwarzafrikanern (auch aus der „Diaspora“) vorbehalten sein sollte.

Eine andere „traditionalistische“ Strömung in Afrika steht dagegen in enger Verbindung mit

der islamisch-arabischen Welt. Es geht dabei um das Bemühen, den reformerischen Salafiyya-Islam zum Ausgangspunkt einer nationalen und sozialen Erneuerungsbewegung zu machen, die an die antikoloniale Tradition des Islam anknüpft. Diese Bewegung läßt sich als Fortsetzung der historischen Rolle des Salafiyya-Islam begreifen, der „die historischen Lehrmeinungen immer dann als unverbindlich erklärt, wenn sie dem Interesse an politischen, rechtlichen und ökonomischen Formen entgegenstehen, die den neuen ökonomischen und sozialen Bedingungen besser angepaßt sind“<sup>23)</sup>.

Diese Reformfähigkeit des Islam ist Voraussetzung für die angestrebte Rolle als dritte ideologische Kraft neben westlich beeinflusstem Nationalismus und sowjetisch inspiriertem Marxismus. Diese Reformfähigkeit wie auch die antikoloniale Tradition sind aber nur ein Aspekt der islamischen Geschichte; der andere ist die Rolle des Islam bei der Bewahrung feudaler und der Schaffung agrarkapitalistischer Verhältnisse, seine ökonomische Funktion bei der Durchsetzung der kolonialen „économie de traite“ und schließlich seine politische Rolle als Verbündeter des Kolonialismus, wie dies vor allem — nach anfänglichem Widerstand — für den in Westafrika verbreiteten mystischen Islam der Bruderschaften und Sekten typisch ist.

Die retardierenden Elemente im Islam, vor allem sein Fatalismus und Mystizismus, lassen sich jedoch nach Ansicht der Reformen überwinden, wenn man nur zu den Quellen der Offenbarung, zu den reinen Lehren des Propheten zurückkehrt. Dann stellt sich der Islam — wie beim ehemaligen senegalesischen Ministerpräsidenten Mamadou Dia — als universalistische und humanistische Religion dar, die „aufgrund ihrer sozialen Doktrin, ihrer Institutionen und ihrer Praxis den natürlichen Rahmen für eine sozialistische Entwicklungspolitik bietet“<sup>24)</sup>.

Da die Entstehung und Entwicklung des Islam aber untrennbar mit der arabischen Kultur und Zivilisation verbunden ist und das Arabische nach wie vor als islamische „Amtssprache“ dient, stellt sich das Problem seiner Anpassung an die schwarzafrikanischen Gesellschaften, die von ganz anderen historischen, geographischen, klimatischen und sozio-öko-

<sup>21)</sup> Vgl. Ndiaye, a. a. O., S. 102.

<sup>22)</sup> Sine, a. a. O., S. 250. f.

<sup>23)</sup> Johansen, a. a. O., S. 328.

<sup>24)</sup> M. Dia, *Islam, sociétés africaines et culture industrielle*, Dakar/Abidjan 1975, S. 111.

nomischen Verhältnissen geprägt sind. Ein Phänomen dieser Problematik ist die vielfach nur oberflächliche Annahme des Islam in Schwarzafrika, die im Fehlen einer islamischen „Massenkultur“ (Dia) und in der Dominanz tribaler Rechtsregelungen gegenüber dem islamischen Recht zum Ausdruck kommt.

Andererseits stehen aber der Expansion des Islam im schwarzen Afrika nur geringfügige Widerstände entgegen: die animistischen Religionen verfügen über kein dem Islam vergleichbares präzises und einheitliches Dogma, und sie sind überdies mit dem Stigma des Retardierenden, Überkommenen behaftet, vor allem bei der wachsenden Schicht der Gebildeten. Dem Christentum gegenüber ist der Islam insofern im Vorteil, als er an seine antikoloniale Tradition anknüpfen kann, während die christlichen Religionen weithin mit dem Kolonialismus und dem europäischen Hegemoniestreben in Afrika identifiziert werden<sup>25</sup>). Dennoch liegt auch im nicht-islamischen Afrika die Anknüpfung an die Tradition religiös-politischer Erneuerungsbewegungen des afrikanischen Synkretismus im Bereich des Möglichen, wenn auch weniger in direkter Fortsetzung dieser national-christlichen Tradition als vielmehr in der Ausschöpfung der damals entstandenen (und bis heute nachwirkenden) „sozialreformerischen“ Potentiale — ähnlich wie dies auch beim Islam der Fall ist<sup>26</sup>).

Der Islam findet aus den genannten Gründen relativ leicht Zutritt zu den schwarzafrikani-

schen Gesellschaften, wobei in diesem Prozeß weder der Islam seiner kulturhistorischen (arabischen) Wurzeln beraubt wird noch die afrikanischen Gesellschaften aufgrund der Annahme des Islam ihre Eigendynamik verlieren. Mamadou Dia, einer der einflußreichsten schwarzafrikanischen Theoretiker der islamischen Erneuerungsbewegung, sieht im nachkolonialen Islam die Möglichkeit einer Symbiose aus islamischer (spiritualistischer) und schwarzafrikanischer (kommunokratischer) Tradition angelegt. Auf die politische Ebene übertragen, mündet diese Symbiose ein in einen islamischen afrikanischen Sozialismus, der die Möglichkeit bietet, sich vom Kapitalismus zu befreien ohne sich mit dem Kommunismus zu liieren: „Es ist der einzige Weg, um eine sozialistische und gegenüber allen Machtblöcken unabhängige Industriegesellschaft aufzubauen.“<sup>27</sup>)

Diese Industriegesellschaft würde vom technisch-wissenschaftlichen Fortschritt der Industrieländer profitieren, aber deren Wachstumsfetischismus und technischen Rationalismus ablehnen; Wissenschaft und Technik sollen in den Dienst des Menschen gestellt werden, und nicht umgekehrt. Die Attraktivität dieses Modells in Afrika wird angesichts der Auswirkungen des ungehinderten Wachstumsdenkens in den Industrieländern und der politischen Debatte darüber zunehmen, auch wenn in den afrikanischen Staaten gegenwärtig noch immer die ausschließlich wachstumsorientierten technokratischen Industrialisierungsmodelle dominieren.

## V. Ideologische Penetration und politisches Hegemoniestreben

Wie wirken sich diese Geistesströmungen — Nationalismus, Marxismus, Traditionalismus — auf die reale Politik, auf Programmatik und Praxis der afrikanischen politischen Bewegungen und Parteien aus? Welche Rolle spielen dabei ideologische Verbindungen mit außer-afrikanischen politischen Organisationen und

Mächten? Das eingangs erwähnte neuerwachte Interesse der Großmächte an Afrika bedeutet ja nicht, daß der afrikanische Kontinent bisher quasi „unberührt“ von auswärtigen Interessen war; die ideologischen Auseinandersetzungen in Afrika und die politischen Konflikte in deren Gefolge sind vielmehr in engem Zusammenhang mit der während der Kolonialzeit massiv einsetzenden Beeinflussung und Durchdringung des afrikanischen politischen Denkens durch von außen kommende Ideologien zu sehen.

<sup>25</sup>) Allerdings spielten die afrikanischen christlichen Kirchen Anfang dieses Jahrhunderts insbesondere in Zentral- und Südafrika eine bedeutende Rolle in der Autonomie- bzw. Unabhängigkeitsbewegung; vgl. Sharevskaja, a. a. O., S. 70 ff.

<sup>26</sup>) Siehe dazu T. Hodgkin, *Mahdisme, Messianisme et Marxisme dans le context africain*, in: *Présence Africaine*, Nr. 74, 1970, S. 128 ff.

<sup>27</sup>) Dia, a. a. O., S. 106.



## Das westliche Konsummodell

Der Westen hat dabei kein homogenes „Ideologiemodell“ anzubieten, und Grundsätze der westlichen politischen Theorie (Mehrparteiensystem, Gewaltenteilung usw.) werden von den meisten afrikanischen Politikern als auf die afrikanischen Verhältnisse nicht übertragbar abgelehnt. Der geistige Einfluß des Westens — neben der bestehenden wirtschaftlichen und politischen Dominanz — vollzieht sich viel eher über eine Nachahmung des westlichen Kultur- und Konsummodells durch die schmale bürokratische Elite der afrikanischen Staaten und — in geringerem Maße — durch die urbanen Schichten. Die Folge ist eine Entfremdung dieser Schichten von der Mehrheit der Bevölkerung, den Bauern, die die Kosten für das importierte Konsummodell zu tragen haben. Die bürokratische Elite übernimmt also lediglich die bürgerlichen Konsumgewohnheiten und kulturellen Leitbilder des Westens, ohne — wie das westliche Bürgertum — auch eine produktive Leistung zu erbringen. Da sie nicht in der Lage ist, eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung anzuregen bzw. zu tragen, vermag sie auch nicht eine eigene, auf einem bestimmten Gesellschaftsmodell basierende Ideologie zu entwickeln, wie dies etwa dem europäischen Bürgertum des 19. Jahrhunderts mit dem Liberalismus gelang.

So schwach wie die ökonomische Position der afrikanischen Führungsschichten ist denn auch die ideologische Legitimation ihrer Herrschaft, während zumindest im kolonialen Nationalismus noch eine breite Basis für ihren Führungsanspruch existierte. Die oben aufgezeigten Wandlungen des nachkolonialen Nationalismus, die Versuche, über „afrikanischen Sozialismus“ oder „Authentizität“ dieses ideologische Vakuum aufzufüllen, spiegeln die deformierte Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur der meisten afrikanischen Staaten wider. Die Mehrzahl dieser politischen Systeme unterschiedlicher ideologischer Prägung hängt weitgehend von der wirtschaftlichen und politischen (manchmal auch militärischen) Unterstützung des Westens ab; ohne diese Unterstützung wäre ihre Herrschaft und damit das importierte Konsummodell gefährdet<sup>28)</sup>.

<sup>28)</sup> Vgl. C. Ake, *The Congruence of Political Economies and Ideologies in Africa*, in: P. C. W. Gutkind/I. Wallerstein (Hrg.), *The Political Economy of Contemporary Africa*, Beverly Hills/London 1976, S. 206 ff.

Dennoch bekennen sich nur wenige politische Bewegungen des schwarzen Afrika offen und programmatisch — also nicht nur aus taktischen, von wirtschaftlichen Interessen diktierten Gründen — zu einer engen Verbindung mit dem Westen oder zumindest zu geistigen Anleihen aus westlichen politischen Theorien und Bewegungen. So vertritt etwa die Einheitspartei der Elfenbeinküste (Parti Démocratique de Côte d'Ivoire — PDCI) einen dezidiert liberalen Kurs der wirtschaftlichen Entwicklung nach westlichem Vorbild, wengleich gemildert durch einen stärkeren Einfluß des Staates auf die Wirtschaft und geprägt von dem „Widerspruch zwischen dem wirtschaftlichen Liberalismus und einem ziemlich monolithischen institutionellen Rahmen“<sup>29)</sup>. Die regierende „Sozialistische Partei“ Senegals beruft sich in ihrer Programmatik ebenfalls offen auf eine der europäischen Ideengeschichte entstammende politische Strömung, den „demokratischen Sozialismus“. Als erste afrikanische Partei — neben der „Arbeitspartei“ des Inselstaates Mauritius — manifestierte sie ihre Zugehörigkeit zu dieser Bewegung durch den Beitritt zur zweiten Sozialistischen Internationale, die bisher von europäischen Parteien dominiert wird.

Aber im allgemeinen scheuen die afrikanischen politischen Parteien vor Bekenntnissen zu westlichen Ideologien zurück, da eine offen zur Schau getragene „antiimperialistische“ oder „traditionalistische“ Haltung noch immer ein größeres Maß an politischer Integration im Inneren bewirkt. Nur so ist es zu verstehen, daß die Staatspartei eines so vollständig vom Westen abhängigen Landes wie Zaïre ihre geistigen Wurzeln ausschließlich in der „afrikanischen Tradition“, in einem „Zurück zu den Ursprüngen“ sieht, während die politische Elite tatsächlich vom westlichen Kultur- oder besser Konsummodell geprägt ist.

## Marxismus und Nationalinteresse

Bedeutet aber diese ideologische Schwäche der politischen Führungen in den meisten afrikanischen Staaten, daß andere — kohärentere und deshalb attraktivere — Ideologien, wie etwa der Marxismus, ihre Herrschaft gefährden? Die politische Entwicklung des nachkolonialen Afrika scheint für diese These zu sprechen: die Akzeptierung des „wissen-

<sup>29)</sup> J.-B. Grodji, *Parti unique et démocratique*, in: *Jeune Afrique*, Nr. 875 v. 14. Oktober 1977, S. 71.

schaftlichen Sozialismus" oder „Marxismus-Leninismus" durch progressive Einparteien-Regime, eine zunehmende Zahl „fortschrittlicher" Militärdiktaturen sowie durch ehemalige Befreiungsbewegungen hat zumindest dem ideologischen Anspruch nach eine gegenüber den frühen sechziger Jahren veränderte Situation geschaffen, als die Anwendung des Marxismus vorwiegend in der Gestalt des „afrikanischen Sozialismus" erfolgte.

Doch ideologischer Anspruch und politische Wirklichkeit klaffen auch in vielen „marxistischen" Staaten Afrikas weit auseinander. Dort, wo sich an der Grobstruktur von Wirtschaft und Gesellschaft und der Abhängigkeit von westlicher Entwicklungshilfe und Privatinvestitionen kaum etwas geändert hat, wie in Kongo-Brazzaville, Benin oder auch Guinea, erweist sich der „wissenschaftliche Sozialismus" als wohlklingende Worthülse und Integrationsideologie im linken Gewande.

Andere Länder betonen — unter Anwendung marxistischer Prinzipien — stärker den Aspekt der „self reliance", der „Entwicklung aus eigener Kraft", auch in ideologischer Hinsicht. So stützt die tansanische Einheitspartei CCM (Cham cha Mapinduzi-Revolutionäre Partei) ihr Sozialismus-Konzept vorrangig auf die traditionelle afrikanische Dorfgemeinschaft, die „Ujamaa". Ähnlich die von den herrschenden Militärs in Madagaskar gegründete Regierungspartei AREMA, (Avantgarde de la Revolution Malgache) die das ländliche Selbstverwaltungs-System der „Fokonolona" zum Leitbild der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung erhebt, daneben aber auch Anleihen beim nordkoreanischen Sozialismus-Modell macht.

In den Ländern, in denen der Marxismus als „Entwicklungsideologie" scheinbar festen Fuß gefaßt hat, wie vor allem in den ehemaligen portugiesischen Kolonien, ist dies primär Folge der politisch-ökonomisch-militärischen Unterstützung und Einflußnahme durch die sozialistischen Staaten, insbesondere die Sowjetunion, und nicht etwa deren Ursache. Mit anderen Worten: Die Akzeptierung der marxistisch-leninistischen Ideologie entspringt nicht nur der Einsicht, daß gerade diese Ideologie zur Lösung der Entwicklungsprobleme Afrikas geeignet ist, sondern vor allem auch dem politischen Kalkül, die Unterstützung des Sowjetblocks insbesondere in Form von Waffenlieferungen zu erhalten. Deutlich wird dies in vielen Ländern in einem „Bruch" zwischen Ideologie und Politik: Obgleich das chinesische

Entwicklungsmodell wesentlich attraktiver, weil eher nachvollziehbar ist, genießt die Annäherung an die Sowjetunion aus materiellen Gründen Vorrang.

Dies gilt ganz offensichtlich für die Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika, denen aufgrund der Weigerung des Westens, (militärische) Hilfe zu leisten und angesichts der begrenzten chinesischen Ressourcen gar keine andere Alternative als das Bündnis mit dem sozialistischen Lager sowjetischer Prägung blieb. Am Beispiel der unterschiedlichen Entwicklung in Angola und in Guinea-Bissau/Kapverdische Inseln läßt sich die These bestätigen, wonach Ideologie-Importe in Afrika primär im Gefolge enger wirtschaftlicher und militärischer Bindungen zu verzeichnen sind, eine Lockerung dieser Bindungen aber zu einem Überwiegen „nationaler Interessen" mit einer entsprechenden Schwächung der ideologischen Beeinflussung führt. Zur Zeit des Unabhängigkeitskampfes gegen die portugiesische Kolonialherrschaft wurden die dominierenden Befreiungsorganisationen dieser Länder — die MPLA (Movimento Popular de Libertação de Angola) in Angola, die PAIGC (Partido Africano da Independencia da Guine e Cabo Verde) in Guinea-Bissau und den Kapverdischen Inseln — hauptsächlich von der Sowjetunion unterstützt und bekannten sich zum „wissenschaftlichen Sozialismus". Nach der Unabhängigkeit konnte die MPLA nur mit Hilfe eines kubanischen Expeditionskorps im Kampf gegen andere, vom Westen unterstützte Befreiungsbewegungen die Alleinherrschaft erringen und mußte dies in der Folge mit einer andauernd engen Anlehnung an den Osten bezahlen. Guinea-Bissau und die Kapverdischen Inseln erweiterten hingegen das Spektrum ihrer außenpolitischen Partner und nahmen Entwicklungshilfe von westlichen Ländern an. Die wachsende politisch-wirtschaftliche Distanz führte zu einer zunehmend auch ideologischen Entfremdung von der Sowjetunion, die in den Worten des kapverdischen PAIGC-Theoretikers Olivio Pires zum Ausdruck kommt: „Wir sind weder sozialistisch, noch kommunistisch, noch bürgerlich." <sup>30)</sup>

Eine ähnliche Abschwächung ideologischer Bindungen infolge zunehmender politischer Differenzen läßt sich im Falle Somalias beobachten. Nach der Akzeptierung des „wissenschaftlichen Sozialismus" durch die 1969 in-

<sup>30)</sup> Zit. nach Jeune Afrique, Nr. 874 v. 7. Oktober 1977, S. 33.

stallierte Militärregierung hatte die schon zuvor gewährte sowjetische Hilfe an Umfang und Qualität zugenommen und 1974 zum Abschluß des ersten Freundschaftsvertrages eines afrikanischen Staates mit der Sowjetunion geführt. Auf beiden Seiten waren primär politisch-strategische Motive ausschlaggebend für dieses Bündnis: für Somalia die Notwendigkeit von Militärhilfe zur Untermauerung der Gebietsansprüche an die westlich orientierten Nachbarländer Kenia und Äthiopien, für die Sowjetunion die strategische Lage Somalias am Horn von Afrika, an dem die Erdölversorgungsleitungen Westeuropas vorbeiführen.

Diese Interessenidentität geriet aus dem Gleichgewicht, als mit der Radikalisierung des äthiopischen Militärregimes insbesondere seit Anfang 1977 die Sowjetunion zum wichtigsten Bündnispartner Äthiopiens wurde. In den darauffolgenden kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Somalia und Äthiopien wurde deutlich, daß der groß-somalische Nationalismus in Verbindung mit der Tradition des islamischen Kampfes gegen das christliche Äthiopien gegenüber der sozialistischen Ideologie dominiert<sup>31)</sup>. Der somalische Präsident Siad Barre bestätigte dies indirekt, als er von der notwendigen Unterscheidung zwischen „Ideologie“ und „nationalem Interesse“ sprach<sup>32)</sup>; das Überwiegen des „Nationalinteresses“ führte denn auch zum Bruch mit der Sowjetunion, die im Konflikt um die Ogaden-Region Äthiopien unterstützte.

### Islam und „Petrodollar“

Diesem Bruch ging eine schrittweise Annäherung Somalias an das islamisch-arabische Lager voraus, das immer mehr an Eigengewicht in der Weltpolitik gewinnt und für eine zunehmende Zahl schwarzafrikanischer Staaten, zur zumindest potentiellen Alternative zur Bindung an den Osten oder Westen wird. Zwar weist dieses Lager bisher nur unscharfe Konturen auf, muß aber insbesondere seit der „Ölkrise“ der frühen siebziger Jahre als ideologischer und politischer Machtfaktor im schwarzen Afrika in Rechnung gestellt werden.

<sup>31)</sup> Zur Ideologie der somalischen „Revolution“ vgl. D. L. Laitin, *The Political Economy of Military Rule in Somalia*, in: *The Journal of Modern African Studies*, Nr. 3, September 1976, S. 455 ff.

<sup>32)</sup> Zit. nach *Neue Zürcher Zeitung* v. 21. April 1977.

Allerdings bildet der Islam im politischen Bereich ebensowenig eine Einheit wie im ideologisch-religiösen Bereich. Die oben aufgezeigten Differenzen zwischen den historisch nachvollziehbaren reformerischen und bewahrenden Tendenzen im islamischen Dogma zeigen sich auch auf der Ebene praktischer Politik. Formal existieren zwar einheitliche Organisationsformen der islamischen Länder<sup>33)</sup> mit dem übergeordneten Ziel der Ausbreitung des Islam und der Verteidigung islamischer Interessen sowie der Durchsetzung der arabischen Position im Nahost-Konflikt. Diese Ziele werden — mit Schwerpunkt auf Schwarzafrika — vor allem über die finanzielle Unterstützung afrikanischer Staaten mit Hilfe eigens dafür geschaffener Institutionen<sup>34)</sup> durchzusetzen versucht. Ob dabei die „Bekehrung“ afrikanischer Staatsoberhäupter zum Islam<sup>35)</sup> und die u. a. durch den Bau von Moscheen geförderte Ausbreitung des Islam sich politisch auszahlen werden, läßt sich nicht voraussagen. Ein Indiz dafür ist aber die seit 1972 nahezu vollständige Unterstützung der arabischen Position im Nahost-Konflikt durch die schwarzafrikanischen Staaten, die einen unzweideutigen Erfolg der islamisch-arabischen Strategie südlich der Sahara darstellt.

Doch die Oleinnahmen, die diese finanziell vorbereitete und untermauerte ideologische Offensive des Islam in Afrika ermöglichen, haben auch einen negativen Effekt: Da der größte Teil der am stärksten unterentwickelten Länder der Welt sich in Afrika befindet, war der schwarze Kontinent von den Ölpreiserhöhungen mit am stärksten betroffen. Die Weigerung der Ölländer, den afrikanischen Staaten im Gegenzug für deren Unterstützung im Nahost-Konflikt einen „politischen Rabatt“ zu gewähren, nährte das in vielen Ländern südlich der Sahara auch historisch begründete Mißtrauen gegenüber arabischen Hegemonieabsichten. Die erste afro-arabische Gipfelkonferenz im März 1977 in Kairo wurde deshalb nur ein halber Erfolg, auch wenn in der Konferenz-Deklaration der gemeinsame Kampf gegen „Imperialismus, Kolonialismus und Zio-

<sup>33)</sup> Auf staatlicher Ebene z. B. die Konferenz der islamischen Staaten, auf nichtstaatlicher Ebene der „Islamische Weltrat“ mit seiner Sektion „Islamischer Rat Afrikas“ (Sitz: Dakar).

<sup>34)</sup> U. a. Islamische Entwicklungsbank, Arabische Bank für die wirtschaftliche Entwicklung Afrikas, Arabischer Spezialfonds für die Hilfe an Afrika, Arabischer Technischer Fonds für die afrikanischen und arabischen Länder.

<sup>35)</sup> Z. B. Amin in Uganda, Bokassa in Zentralafrika, Bongo in Gabun.

nismus", die Unterstützung der Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika und der Palästinensischen Befreiungsorganisation sowie die wirtschaftliche und finanzielle Kooperation zwischen Arabern und Afrikanern beschworen wurden<sup>36</sup>). Dies lag nicht nur an den unterschiedlichen Interessen von ölreichen arabischen und rohstoffarmen afrikanischen Ländern sondern auch an den politischen Differenzen innerhalb des islamisch-arabischen Lagers selbst, die in unterschiedlichen Strategien fortschrittlicher und konservativer arabischer Staaten gegenüber Schwarzafrika zum Ausdruck kommen.

Das konservative Lager, repräsentiert vor allem durch Saudi-Arabien, ist von einem profunden Antikommunismus und dem Bestreben gekennzeichnet, sozialrevolutionäre Bewegungen im Innern der afro-arabischen Länder sowie den politisch-ideologischen Einfluß der kommunistischen Staaten in diesem Raum einzudämmen. Exemplarisch für diese Politik kann das Verhalten Saudi-Arabiens gegenüber Äthiopien bezeichnet werden, seitdem die Militärregierung in Addis Abeba immer stärker in das „progressive“ Lager abdriftete; der Versuch, über eine „Petrodollar“-Diplomatie eine Allianz der „gemäßigten“ Anliegerstaaten des Roten Meeres mit Ägypten, Sudan und (Nord-) Jemen aufzubauen, geht einher mit dem Bestreben, die prosowjetischen Länder Somalia und (Süd-) Jemen aus ihren politisch-ideologischen Bindungen zu lösen<sup>37</sup>), bis hin zur aktiven Unterstützung separatistischer und konservativer Untergrundbewegungen in Äthiopien<sup>38</sup>). Diese Auseinandersetzung gewinnt ihre besondere Schärfe dadurch, daß sie von beiden Seiten in der historischen Kontinuität des jahrhundertelangen Konflikts zwischen dem christlichen Äthiopien und seinen islamischen Nachbarn gesehen wird.

Während das konservative islamische Lager als Hüter bestehender wirtschaftlicher und sozialer Verhältnisse sowie des politischen Status quo in der Region eine eher defensive Strategie vertritt, verkörpert der „islamische Sozialismus“ das erneuernde, gleichwohl in der Tradition wurzelnde Element des islami-

schen Wiederaufstiegs zu zumindest regionalpolitischer Bedeutung. Dieser politische Islam, als dessen Inkarnation das Libyen Khaddafis, in geringerem Maße auch das Algerien Boumediennes erscheinen, sucht in der politischen Praxis den „dritten Weg“ zwischen westlichem Kapitalismus und sowjetisch geprägtem Kommunismus auf der Basis der Lehren des Propheten, wie ihn der Theoretiker Mamadou Dia vorgezeichnet hat. Diese Praxis ist freilich höchst widersprüchlich und scheint — zumindest im Falle Libyens — einer undifferenzierten Unterstützung alles Islamischen, gleich welcher Provenienz, eher zuzuneigen als der gezielten Förderung „progressiver“ Tendenzen im Islam. Beispiele dafür sind die zeitweilige Unterstützung der Staatschefs Amin von Uganda und Bokassa von Zentralafrika nach deren „Bekehrung“ zum Islam, insbesondere aber das Bündnis mit der reaktionären Ansar-Sekte des Mahdi im Sudan beim Staatsstreichversuch vom Juli 1976.

Für das islamisch-arabische Lager insgesamt als dritter Machtblock, der ideologisch und politisch auf das schwarze Afrika einwirkt, gilt in zunehmenden Maße ebenfalls die These, daß der ideologischen die wirtschaftlich-finanzielle Annäherung vorausgeht. Mit anderen Worten: Die Anziehungskraft der „Petrodollars“ ist zumindest so groß wie der Einfluß religiös-ideologischer Gemeinsamkeiten. So ist die Mitgliedschaft in der Arabischen Liga für nicht-arabische Staaten Schwarzafrikas (Somalia, Djibouti, Komoren) primär ein Mittel, in den Genuß umfangreicher Wirtschaftshilfe zu kommen; ähnliche Motive dürften auch beim Übertritt afrikanischer Staatsoberhäupter zum Islam eine Rolle gespielt haben. Und so ist es auch zu erklären, daß die marxistische „Volksfront für die Befreiung Erythreas“ nicht nur den Kampf gegen die sozialistische Militärregierung Äthopiens mit Hilfe der konservativen Scheichtümer des Arabischen Golfs führt sondern in öffentlichen Erklärungen ihrer Führer sogar auf ihren marxistischen Anspruch verzichtet hat, um die Unterstützung Saudi-Arabiens zu erhalten<sup>39</sup>).

Wie das Streben nach „Authentizität“ im Verhältnis zum Westen, die Suche nach eigenen sozialistischen Traditionen im Verhältnis zum Osten, so zeichnet sich auch im schwarzafrikanischen Reform-Islam bereits die Tendenz zur Verselbständigung gegenüber den ideolo-

<sup>36</sup>) S. den Text der Deklaration, des Aktionsprogramms und der verschiedenen Abkommen in: *Le Soleil* (Dakar) v. 12. März 1977 (Beilage). Vgl. auch *Süddeutsche Zeitung* v. 10. März 1977.

<sup>37</sup>) Dies scheint im Falle Somalias gelungen zu sein, auch wenn die somalische Regierung im Inneren weiterhin eine „sozialistische“ Politik vertritt.

<sup>38</sup>) *S. Neue Zürcher Zeitung* v. 21. April 1977.

<sup>39</sup>) Vgl. *Jeune Afrique*, Nr. 876 v. 21. Oktober 1977, S. 29.

gischen „Mutterländern“ des arabischen Raums ab. Diese Tendenz hat ihre historischen Wurzeln in der jahrhundertelangen arabischen Expansion im schwarzen Afrika, die im Bewußtsein vieler Afrikaner den gleichen Stellenwert besitzt, wie die europäische koloniale Penetration, und sie wird erleichtert durch die eher pragmatische als dogmatische Anpassung des Islam an die sozio-kulturelle Realität der schwarzafrikanischen Gesellschaften. Zwar beschränkt sich in Schwarzafrika der Einfluß des „progressiven“ Islam

vorerst noch weitgehend auf die Intellektuellen, während die Mehrheit der Bevölkerung — insbesondere auf dem Lande — nach wie vor von den konservativen religiösen Führern beeinflusst wird<sup>40</sup>). Wo aber Ansätze einer Verbindung zwischen fortschrittlichen Intellektuellen und Bauern auf der Grundlage des Islam vorhanden sind, wie in Teilen Ostafrikas, vor allem aber in der Sahel-Region Westafrikas, zeigt sich die Sprengkraft einer solchen Verbindung für die bestehenden politischen Systeme<sup>41</sup>).

## VI. Ausblick

Die Bedeutung „traditionalistischer“ Bewegungen in Afrika — gleich welcher Tendenz — wird in dem Maße zunehmen, wie das Scheitern des westlichen Entwicklungsmodells im Rostow'schen Sinne und das realpolitische Hegemoniestreben der sowjetischen Außenpolitik in Afrika immer offensichtlicher werden. Die Enttäuschung über das Versagen der sozio-ökonomischen Entwicklung nach westlichem Vorbild führt nach fast zwei Jahrzehnten Unabhängigkeit nicht nur Intellektuelle sondern auch politische Führer Afrikas zur Ablehnung westlicher Ideologien. Der Marxismus, bis vor kurzem noch als Alternative hoch im Kurs stehend, verliert als „importierte“ Ideologie ebenfalls zusehends an Attraktivität, seit die Sowjetunion direkt und massiv in die afrikanische Politik eingegriffen hat und sich nicht mehr nur als Sachwalter legitimer Interessen von Befreiungsbewegungen gegen Kolonialismus und Rassismus darstellen kann.

Das Ergebnis ist eine verstärkte Rückbesinnung auf die eigene geistige Tradition, zunehmend gepaart mit dem Willen, die traditionellen Werte den Erfordernissen einer modernen Gesellschaft anzupassen. Diese Entwicklung ist noch nicht so weit gediehen, wie etwa in Ostasien, wo moderner Nationalismus und Marxismus in die nationale Kultur inkorporiert wurden. Dies liegt daran, daß der Kolonialismus in Schwarzafrika stärker als in Asien die Wurzeln der gesellschaftlichen und gei-

stigen Traditionen zerstört hat. Ermöglicht wurde dies durch die im Vergleich zu den jahrtausendealten Zivilisationen Asiens noch wenig gefestigte staatliche Entwicklung im schwarzen Afrika zum Zeitpunkt der kolonialen Penetration<sup>42</sup>).

Die Wiederentdeckung der eigenen geistigen Werte und ihre gleichzeitige Weiterentwicklung, die Aufhebung der vom Kolonialismus verursachten kulturellen Entfremdung nicht nur der Eliten, ist ein langwieriger Prozeß, an dessen Ende ein tatsächlich „authentisches“ Modell der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung stehen mag. Auf dem Weg dahin wird die Alternative „Nationalinteresse“ oder „ideologische Penetration“ an Schärfe verlieren; zunehmen werden dagegen die innergesellschaftlichen Auseinandersetzungen um die Definition der „nationalen Interessen“, die heute noch weitgehend mit den Interessen einer kleinen — vom Ausland gestützten und abhängigen — Minderheit identisch sind.

<sup>40</sup>) Exemplarisch dazu L. Creevey Behrman, Muslim Politics and Development in Senegal, in: The Journal of Modern African Studies, Vol. 15, Nr. 2, Juni 1977, S. 261 ff.

<sup>41</sup>) Beispiele dafür sind die Befreiungsbewegungen im Tschad und in Eritrea sowie politische Oppositionsgruppen in Senegal.

<sup>42</sup>) Vgl. F. Stambouli/A. Zghal, Nation, Nationalisme et Etat National, Mise au point théorique, Centre d'Etudes et de Recherches Economiques et Sociales. Tunis, Februar 1977, S. 23 (unveröff. Manuskript).

## **Helmut Heinzlmeir: Der Konflikt am Horn von Afrika**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 16/78, S. 3—16

Bis vor wenigen Jahren konnte Schwarzafrika noch als Einflußgebiet Westeuropas gelten; das ist es mittlerweile nur noch bedingt. Die beiden Weltmächte — insbesondere die Sowjetunion — engagieren sich in zunehmendem Maße auf dem Kontinent, am bedrohlichsten in Ost- und Südafrika. Doch nicht zuletzt am Horn von Afrika wird deutlich, daß an dieser Entwicklung den Regionalstaaten — Somalia, Äthiopien und Kenia — ein gerüttelt Maß an Verantwortung zukommt. Zwischen den drei Staaten bestehen erhebliche Grenzstreitigkeiten; Äthiopien und Kenia suchen gegenüber Somalia ihren Besitzstand zu wahren. Jede der Parteien ist bestrebt, sich in diesem Streit der Unterstützung der Großmächte zu versichern.

Somalias weitgesteckte Gebietsansprüche werden nur durch einen Blick auf seine Geschichte verständlich. Ende des 19. Jahrhunderts teilten vier christliche Kolonialmächte — Frankreich (Djibouti), Großbritannien (Britisch-Somalia und Kenia), Italien (Italienisch-Somalia) und Äthiopien (Ogaden-Region) — das somalische Siedlungsgebiet untereinander auf. Das heutige Somalia entstand aus dem Zusammenschluß der beiden Kolonien Italienisch- und Britisch-Somalia. Unberücksichtigt blieben jene weit über eine Million Somali, die in Djibouti, Äthiopien und Kenia leben. Auf alle diese Gebiete erhebt Mogadischu Anspruch. Es ließ sich dafür in den zurückliegenden Jahren von Moskau aufrüsten. Die Revolutionswirren in Äthiopien schienen die Gelegenheit zu bieten, um diesen Anspruch zu realisieren. Daß der Versuch scheiterte, lag vor allem am Frontwechsel Moskaus.

Das Horn von Afrika ist von erheblicher strategischer Bedeutung. Von hier aus läßt sich sowohl auf den arabischen Raum als auch auf den Nahost-Konflikt Einfluß ausüben; von hier aus läßt sich aber auch gegebenenfalls in Schwarzafrika und den Konflikt im südlichen Afrika ausgreifen. Das Horn von Afrika ist überdies dem ‚erdölträchtigen‘ Persischen Golf nahe. Das Rote Meer ist Verbindungslinie zwischen Europa, Afrika und Asien.

Angesichts dieser geopolitischen Gegebenheiten kann es nicht verwundern, daß unterschiedlichste, teilweise widersprüchliche Interessen in diesem Raum aufeinanderstoßen. Es ist nicht allein der Ost-West-Konflikt, der hier zum Austrag kommt; am Horn von Afrika werden auch innerarabische, afro-arabische und innerafrikanische Interessengegensätze ausgefochten.

## **Winfried Veit: Nationalismus, Marxismus und Tradition in Schwarzafrika**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 16/78, S. 17—29

Vor dem Hintergrund der zunehmenden militärischen und politischen Auseinandersetzungen in Afrika untersucht der Autor, welche ideologischen Strömungen die afrikanische Politik bestimmen. Der Nationalismus, dominierende Ideologie seit der Zeit der Unabhängigkeitsbewegung, hat aufgrund der unbefriedigenden wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung seine Integrationsfähigkeit weitgehend eingebüßt und ist damit als Instrument der Herrschaftssicherung nur noch beschränkt wirksam. Die Suche nach einer erweiterten Legitimationsbasis ihrer politischen Herrschaft führt die bürokratische Elite der afrikanischen Länder zur Übernahme bestimmter marxistischer Kategorien. Diese werden, wie am Beispiel der Marx-Interpretation des senegalesischen Präsidenten Senghor deutlich wird, an die afrikanischen Verhältnisse angepaßt und zur Rechtfertigung politischer Herrschaft benutzt. Einen ähnlichen Zweck verfolgt die Einbeziehung „traditionalistischen“ Gedankenguts, zum einen in Form einer Rückbesinnung auf „traditionelle Werte“, zum anderen in Form einer politisch-sozialen Reformbewegung insbesondere in islamischen Ländern. Alle drei Geistesströmungen sind mehr oder weniger stark von außen beeinflusst: Die nationalistischen Regime hängen weitgehend von der wirtschaftlichen und militärischen Unterstützung des Westens ab, da sie kein eigenständiges Gesellschaftsmodell und eine darauf basierende Ideologie zu entwickeln vermochten. Die Akzeptierung des „wissenschaftlichen Sozialismus“ ist in den meisten Fällen eine Folge der politisch-wirtschaftlich-militärischen Einflußnahme des Sowjetblocks und beruht weniger auf der Attraktivität des Marxismus als „Entwicklungsideologie“. Die „traditionalistische“ islamische Reformbewegung, ursprünglich weitgehend von den arabischen Olländern abhängig, sucht einen „dritten Weg“ zwischen westlich beeinflusstem Nationalismus und sowjetisch inspiriertem Marxismus. Aufgrund des Scheiterns des westlichen Entwicklungsmodells und des immer deutlicher werdenden realpolitischen Hegemoniestrebens des Sowjetblocks nimmt die Bedeutung „traditionalistischer“ Bewegungen zu; das Ergebnis ist eine Rückbesinnung auf die eigene geistige Tradition, zunehmend gepaart mit dem Willen, die traditionellen Werte den Erfordernissen einer modernen Gesellschaft anzupassen.